



Gesellschaftliche Teilhabe sichern: Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der "Sozialen Stadt" Berlin

Alexandra Kast

**Gesellschaftliche Teilhabe sichern
Partizipation von Migrantinnen und Migranten
in der „Sozialen Stadt“ Berlin**

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
Dezember 2005

© 2006 Friedrich-Ebert-Stiftung

Dieses Projekt wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung

Die Studie wird vom Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von der Autorin in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden.

Inhalt

Einleitung	5
1. Problemaufriss: Partizipation von MigrantInnen in der Sozialen Stadt Berlin.....	8
1.1 Keine Quartiersentwicklung ohne Partizipation der BewohnerInnen	8
1.2 Die MigrantInnen kommen nicht – bisherige Erfahrungen	9
1.3 Strukturelle Bedingungen für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement .	10
2. Partizipation im Quartier	12
2.1 Schulen und Kitas.....	12
2.1.1 Elternarbeit an Grundschulen und Kitas.....	12
2.1.2 Sprachförderung.....	18
2.2 Mieterbeirat und Hausgemeinschaft	20
2.3 Formale Beteiligungsgremien auf Stadtteilebene	21
2.3.1 Der Quartiersrat	21
2.3.2 Weitere Beteiligungsgremien	22
2.4 Jugendarbeit	24
2.5 Querschnittsthema: Personal mit Migrationshintergrund	27
3. Partizipation ausgewählter Zielgruppen	30
3.1 Der Islam – Mauer oder Brücke für die Partizipation von MigrantInnen?	30
3.1.1 Der Islam als Alltagsproblem im Stadtteil	30
3.1.2 Moscheevereine als Kooperationspartner?.....	32
3.2 AussiedlerInnen.....	35
3.2.1. Privilegierter Status?.....	35
3.2.2 Partizipationshemmnisse – endogene Faktoren.....	36
3.2.3 Partizipationshemmnisse – exogene Faktoren	37
3.2.4 Ethnische Identität als Ressource für gesellschaftliche Partizipation	37
3.2.5 Strategien für eine verbesserte Partizipation von AussiedlerInnen.....	39
3.3 Geschlechtsspezifische Muster und Bedürfnisse bei der Partizipation	40
3.3.1 Frauen im Stadtteil.....	40
3.3.2 Geschlechtsspezifische Muster und Bedürfnisse bei der Partizipation.....	41
3.3.3. Männer in den Migranten-Communities – die wahren Verlierer der Integration?	44
4. Die MigrantInnen kommen nicht? Die Fallstricke der „Bürgerbeteiligung“	46
 Gesellschaftliche Teilhabe für MigrantInnen sichern – Handlungsempfehlungen für die „Soziale Stadt“ Berlin.....	50
 Literatur.....	54

Einleitung

Die Partizipation von BürgerInnen zur Verwirklichung von Demokratie und zur Stabilisierung des Gemeinwesens hat Konjunktur. Auch das Programm Soziale Stadt setzt auf „Empowerment“, also auf Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen. In den meisten Quartieren stellt die Partizipation von MigrantInnen eine besondere Brisanz dar: Zum einen ist bei einem Migrantenanteil von 30-90% eine demokratische Legitimation des politischen Handelns ohne eine Einbindung dieser Menschen nicht zu erreichen. Und nicht nur das – ohne diese Menschen ist auch keine konstruktive Gebietsentwicklung möglich. Zum anderen stellen MigrantInnen in den Gebieten der Sozialen Stadt jedoch oftmals Ausschnitte aus der Bevölkerung dar, deren Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. Partizipation auf verschiedensten Ebenen denkbar ungünstig sind. Zu oftmals schwierigen sozialen Lagen kommen Sprachprobleme, kulturelle Barrieren sowie eine strukturelle Ausgrenzung von politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten (Wahlrecht).

Aufgrund all dessen mag es nicht verwundern, dass das Urteil der Evaluationen zum Stand der bisherigen Partizipation und Aktivierung von MigrantInnen in der Sozialen Stadt enttäuschend ausfällt.

Partizipation soll hier verstanden werden als Teilnahme und Teilhabe im weitesten Sinne: Von der eher passiven Inanspruchnahme von Beratungen und sozio-kulturellen Dienstleistungen über sporadisches Engagement in zeitlich begrenzten Projekten bis hin zur Teilnahme an Bewohnergremien auf Stadtteilebene oder kontinuierlichem Engagement in Vereinen, Organisationen, Initiativen etc. Nicht beleuchtet wird die politische Partizipation sowie die Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfe im Familienverband. Der Fokus liegt auf im Stadtteil verorteten und auf das Gemeinwesen gerichteten Aktivitäten, die eine Verbindung zwischen ethnischer und Mehrheitsgesellschaft erkennen lassen.

Methodische Vorgehensweise

In der vorliegenden Studie sind in allen¹ Berliner Quartiersmanagement²-Gebieten, die einen hohen Migrantenanteil aufweisen, Experteninterviews geführt worden.³ Dabei handelt es sich um 16 Leitfadeninterviews (Dauer jeweils ca. 1,5 Stunden), die teilweise auch als Gruppengespräche geführt wurden. Zusätzlich wurden zwei schriftliche Interviews mit QM-Büros geführt.

Befragte Institutionen

- 7 QM-Büros
- 4 Migrant*inneninitiativen
- 3 Stadtteilzentren
- 2 Grundschulen
- 1 Jugendclub
- 1 Kommunalpolitiker

Insgesamt wurden 25 Personen (9 Deutsche und 16 MigrantInnen) befragt. Von den 16 MigrantInnen waren 9 Frauen und 7 Männer. Bei beiden Geschlechtern sind jeweils die

¹ Bezogen auf die 17 alten QM-Gebiete, die vor 2005 bestanden

² Nachfolgend „QM“ genannt

³ Dies waren: Soldiner Straße, Pankstraße, Beusselkiez, Magdeburger Platz; Bülowstraße; Schillerpromenade, High-Deck-Siedlung, Rollbergsiedlung, Reuterplatz; Kottbusser Tor, Wrangelkiez; Marzahn Nord-West. Aus dem Gebiet Sparrplatz hat sich niemand für ein Gespräch bereit gefunden.

Hälfte praktizierende Muslime, die andere Hälfte ist säkular orientiert bzw. gehört der christlichen oder jüdischen Religion an.

Es sind sowohl ExpertInnen aus QM, Schule, Stadtteilvereinen und sozialen Einrichtungen befragt worden als auch vor allem MigrantInnen selbst, die sich ehrenamtlich engagieren, in einer sozio-kulturellen Organisation eingebunden sind oder professionell mit dem Thema Aktivierung und Beteiligung zu tun haben. Ziel war es vor allem, mit den Betroffenen zu reden statt, wie es viel zu häufig geschieht, über sie.

Hinzu kam die Teilnahme an 4 Veranstaltungen zum Thema, an denen hauptsächlich QM-MitarbeiterInnen sowie ExpertInnen aus Verwaltung und Wissenschaft teilnahmen (Auswertungsgespräch beim Bezirksamt Mitte zu den Quartiersräten; Jour Fixe zum Thema Partizipation von MigrantInnen bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Dialogtisch bei der Bundesbeauftragten für Integration sowie Fachgespräch bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zum selben Thema).

Das Ergebnis ist überraschend positiv. In allen untersuchten Gebieten gibt es eine Vielzahl von Ebenen und Formen, in denen MigrantInnen aktiv sind. Diese Studie will daher auch den Blick von der gängigen Defizitperspektive hinlenken zu den tatsächlich vorhandenen Ressourcen. Es wird die These aufgestellt, dass die viel beklagte mangelnde Partizipation von MigrantInnen vielerorts einer Fehlwahrnehmung entspringt. Es werden aber auch bestehende Probleme und Konflikte beleuchtet, die vor allem in der Interaktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnengemeinschaft bestehen. Diese treten zum großen Teil in Form von kulturellen Missverständnissen auf.

Zu den einzelnen Kapiteln

- (1) Zunächst wird der Anspruch des Programms Soziale Stadt hinsichtlich der Bürgerbeteiligung und Partizipation von MigrantInnen erläutert. Dabei geht es auch um die begriffliche Klärung von „Aktivierung“ und „Beteiligung“ (1.1). Daran anschließend wird die aktuelle Einschätzung des Erfolgs der Partizipation von MigrantInnen anhand der Programmevaluationen dargelegt (1.2). Der Problemaufriss endet mit einem kurzen Überblick über die Sozialstruktur der untersuchten Quartiere und die daraus folgenden Prognosen für den Erfolg von Partizipationsstrategien.
- (2) Das zweite Kapitel stellt die empirischen Ergebnisse der Untersuchung vor. Dabei werden jeweils anhand von möglichen Partizipationsebenen erfolgreiche Beispiele aus der Praxis beschrieben, aber auch die auftretenden Schwierigkeiten benannt.
- (3) Das dritte Kapitel analysiert die Partizipationsmuster und –bedürfnisse ausgewählter Gruppen. Es werden MigrantInnen mit islamischem Hintergrund (3.1), AussiedlerInnen (3.2) sowie geschlechtsspezifische Partizipationsmuster untersucht (3.3).
- (4) Im abschließenden Fazit wird nicht zuletzt die gängige Auffassung von Partizipation sowie die Überbewertung der Quartiersebene als zentralem Handlungsraum einer kritischen Betrachtung unterzogen (4.1). Zum Abschluss werden konkrete Handlungsempfehlungen gegeben, wie die Partizipation von MigrantInnen auf der Quartiersebene zu fördern ist (4.2)

Diese Studie ist aufgrund der kleinen Stichprobe nicht im empirischen Sinne repräsentativ zu nennen. Allerdings stellte sich im Laufe der Interviews relativ schnell ein Sättigungseffekt ein – die Antworten zu den Fragen wurden in der Tendenz sehr ähnlich beantwortet, so dass zu vermuten steht, dass sich die Ergebnisse durchaus verallgemeinern lassen.

uern lassen. Zudem wurden die Ergebnisse an bestehenden Forschungsergebnissen gespiegelt. Bei den Handlungsempfehlungen wurde versucht, jenseits von ideologischen Prämissen die Aussagen der Befragten in pragmatische Handlungsvorschläge zu übersetzen. Um diese realistisch zu gestalten ist es wichtig, dass immer von der Situation der MigrantInnen ausgegangen wird so wie sie *ist*, und nicht wie sie sein *sollte*.

1. Problemaufriss: Partizipation von MigrantInnen in der Sozialen Stadt Berlin

1.1 Keine Quartiersentwicklung ohne Partizipation der BewohnerInnen

Eine erfolgversprechende, nachhaltige Stadtentwicklungsstrategie kommt nicht ohne die Einbeziehung der BewohnerInnen aus. Diese Erkenntnis reifte in Berlin, aber auch in anderen (west-)deutschen Städten vor dem Hintergrund der Sanierungspolitik seit den 60er Jahren und der „behutsamen Stadterneuerung“ der 80er Jahre in einem langsamen und teilweise konflikthaften Lernprozess heran (vgl. Selle 1996).

Die Einbeziehung der BewohnerInnen hat dabei eine doppelte Motivation: Auf der einen Seite steht der normative Wunsch nach mehr Demokratie und Mitbestimmung; auf der anderen Seite die pragmatische Einsicht in die Notwendigkeit, die vielfältigen Ressourcen der BürgerInnen, in Form ihres Wissens über lokale Prozesse und Problemlagen, aber auch in Form ihrer ehrenamtlichen Arbeitskraft zu nutzen; letzteres geschieht nicht zuletzt vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Finanzmittel (Sauter 2003: 283).

So ist denn die Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen vor Ort konstitutiver Bestandteil des Programms Soziale Stadt (vgl. Difu 2003: 193). So wie das Programm Soziale Stadt sich nicht mehr nur auf die städtebaulichen Aspekte der Stadterneuerung beschränkt, sondern im Gegenteil zunehmend die sozio-kulturelle Infrastruktur, ökonomische Entwicklung und Aspekte des sozialen Zusammenlebens berücksichtigt, so ist der Begriff der Partizipation auch nicht mehr nur als Teilnahme an Bürgergremien wie Runden Tischen, Stadtteilplena und Beiräten zu begreifen, sondern umfasst verschiedene Bereiche und „Beteiligungsintensitäten“, die von der Nutzung bestehender Angebote wie Beratung und Bildung über das sporadische Engagement in zeitlich begrenzten Projekten bis hin zum regelmäßigen und ggf. selbstinitiierten Engagement in Vereinen, Projektgruppen und anderen Institutionen reicht. Der Erfolg des Programms Soziale Stadt muss sich auch daran messen lassen, wie gut die Aktivierung und Beteiligung der BürgerInnen vor Ort gelingt.

Bedingt durch die Auswahlkriterien des Soziale-Stadt-Verfahrens, in dem die Konzentration von Haushalten mit Migrationshintergrund als ein zentrales Merkmal und Problem der „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ gesehen wird (vgl. SenStadtUmTech 1998), gibt es in den meisten Gebieten der Sozialen Stadt eine hohe Konzentration von MigrantInnen. Nicht zuletzt ist auch die Höhe der Mittelzuweisungen an die Höhe des Migrantenteils gebunden (IfS 2004: 167).

Wenn einer der zentralen Ansprüche des Programms lautet, die Bewohnerschaft für den Entwicklungsprozess zu aktivieren (Abgeordnetenhaus 1999), dann ist klar, dass dieses die Beteiligung der MigrantInnen in hohem Maße mit einschließen muss:

„In Gebieten mit überdurchschnittlich hohem Ausländeranteil bildet dabei die Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppen und ihrer Organisationen einen besonderen Schwerpunkt.“ (AGH 1999: 31)

In der strategischen Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements erhält das Empowerment insbesondere von MigrantInnen einen herausgehobenen Stellenwert (vgl. SenStadt 2005).

Aber auch im Hinblick auf eine gesamtstädtische, wenn nicht gesamtgesellschaftliche Integrationsstrategie von MigrantInnen ist die aktive Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen für MigrantInnen unerlässlich. Dies findet auch im neuen Integrationskonzept des Berliner Senats Berücksichtigung:

„Integrationspolitik ist partizipativ. [...] Dies richtet sich vor allem auf eine Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten der MigrantInnen auf allen Ebenen. Sie schafft Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsprozessen.“ (BIM 2005: 8)

Dieses grundsätzliche Bekenntnis zu einer politischen Strategie, die nicht ohne die Mitentscheidung und aktive Einbindung der Betroffenen in die Entwicklungsprozesse vor Ort und auf höheren Entscheidungsebenen auskommt, greift nahtlos in die „Empowerment“-Strategie des Programms Soziale Stadt. Aktivierung und Beteiligung sind hier sowohl als instrumentell-strategisches Handlungsfeld als auch als Ziel an sich verankert (vgl. Difu 2003: 99 f.; Empririca 2003: 73, 76).

1.2 Die MigrantInnen kommen nicht – bisherige Erfahrungen

Nach sechs Jahren Soziale Stadt/Quartiersmanagement ist es möglich, die Umsetzung dieser Beteiligungsansprüche zu betrachten. Verschiedene Evaluationen auf Bundes- und Landesebene kommen dabei zu dem enttäuschenden Ergebnis, dass die gewünschte Partizipation von MigrantInnen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und größtenteils noch sehr unbefriedigend verläuft:

„Die Einbindung von Einwohnern/innen nichtdeutscher Herkunft in die Bemühungen um eine Bewohneraktivierung gelingt nur in begrenztem Umfang. Aktivitäten wie Sprachkurse, Informationen zum Bildungssystem, Maßnahmen zur Gewaltprävention und Mediation (Konfliktlotsen), Projekte zum gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen, Einsatz von Muttersprachlern bei der Angebotsvermittlung und Betreuung, Stärkung der Bildungsorientierung, Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe, greifen nur langsam. Auch Angebote wie Selbsthilfegruppen für Frauen und Mädchen, Orientierungskurse für Jugendliche ohne Schulabschluss, werden nur zögernd in Anspruch genommen.“ (BIM 2005: 50)

Das Deutsche Institut für Urbanistik stellt in seinem Endbericht zur Programmumsetzung dar, dass es nicht gelungen ist, alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen einzubeziehen. Schlecht zu erreichen waren hier insbesondere MigrantInnen, AussiedlerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und männliche Bewohner (besonders jüngeren und mittleren Alters; Difu 2003: 203 f.).

Auch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik gelangt zu dem Schluss, dass die Beteiligung von MigrantInnen insgesamt auf einem niedrigen Niveau liegt (IfS 2004: 191).

Gegenstand dieser Erhebungen war jedoch nie, nach praktikablen Handlungskonzepten zu suchen bzw. den Hintergrund der vermeintlich mangelhaften Partizipation von MigrantInnen auszumachen.

Die vorliegende Studie reagiert auf diese Lücke und stellt insbesondere konkrete und erfolgreiche Strategien zur Aktivierung und Beteiligung von MigrantInnen vor. Vorab ist zu bemerken, dass aus den Ergebnissen der in diesem Zusammenhang geführten Experteninterviews der negative Eindruck der genannten Evaluationen so nicht bestätigt werden kann. Bevor im zweiten Kapitel die empirischen Ergebnisse vorgestellt werden, sollen nachfolgend kurz die objektiven Ausgangsbedingungen für Partizipation und Engagement in den Gebieten der Sozialen Stadt betrachtet werden.

1.3 Strukturelle Bedingungen für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement⁴

Betrachtet man sozialwissenschaftliche Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement, so fällt auf, dass es hier ein großes Gefälle zwischen verschiedenen Schichten gibt.

Im Hinblick auf demographische und soziale Einflussfaktoren bestätigen die Daten des Freiwilligensurveys von 1999 den Zusammenhang von hohem Bildungsniveau, sozialer Integration, sozialem Status und der Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren. Mit anderen Worten: Die Engagementbereitschaft steigt allgemein mit dem Bildungsniveau, dem Einkommen und der sozialen Einbindung einer Person (Rosenblatt 2000). Dieser Zusammenhang wird ferner dadurch bestätigt, dass Erwerbslose mit 22% deutlich weniger freiwillig engagiert sind als der Bevölkerungsdurchschnitt (34%). Die Ursache hierfür liegt laut den Erhebungen des Freiwilligensurveys indes weniger in einer geringeren Engagementbereitschaft der Erwerbslosen – dort wo sie engagiert sind, ist der zeitliche Umfang ihres Engagements sogar überdurchschnittlich – sondern in ihrer geringeren sozialen Integration in Gruppen, Organisationen und Vereinen (vgl. Rosenblatt 2000: 28). Auch ist das freiwillige Engagement von Familien mit Kindern höher als das kinderloser Paare oder Alleinstehender. Neben individuellen Einflussfaktoren hängt die Engagementbereitschaft ferner von regionalen Faktoren (z.B. Ortsgröße), kulturellen und institutionellen Einflussfaktoren ab.

In den großen Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement ist das Engagement von MigrantInnen bisher weitestgehend ausgeblendet worden (Jungk 2002: 2), so dass es nicht möglich ist, verlässliche Aussagen über den Einfluss des Faktors „Migrationshintergrund“ für bürgerschaftliches Engagement zu treffen bzw. das Engagement von MigrantInnen mit dem von Deutschstämmigen zu vergleichen. Allerdings gibt es einige Studien, die sich mit dem Engagement einzelner ethnischer Gruppen befassen oder speziell Migrantenorganisationen untersucht haben (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997; Diehl 2002; Zentrum für Türkeistudien 2004).

Allerdings können auf Grundlage der Kenntnisse der sozialen Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung in den „benachteiligten“ Quartieren und den oben erwähnten sozialen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement Schlüsse auf die Ausgangslage für die Partizipation von MigrantInnen in diesen Quartieren gezogen werden: Migrantenhaushalte sind überproportional von sozialen Problemen wie niedrigem Einkommen, niedriger Bildung sowie Arbeitslosigkeit und Transferbezug betroffen (Schuleri-Hartje 2000: 4; BBMFI 2005: 120 ff.). Gleichzeitig sind die Stadtteile mit einem hohen Migrantenanteil auch die Stadtteile, in denen sich die sozialen Problemlagen verdichten:

„Niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, niedriger Bildungsstatus, unzureichende Wohnverhältnisse und daraus folgende Belastungsfaktoren wie Kriminalität, Verwahrlosung des öffentlichen Raumes und ungünstige Sozialisationsbedingungen für die nachwachsende Generation treten hier gehäuft auf.“
(BIM 2005: 49)

Es ist diese soziale Konstellation, die den sozialen Zusammenhalt gefährdet und die Aktivierung und Beteiligung der EinwohnerInnen zugleich schwierig und dringend notwendig macht. Die Voraussetzungen für eine aktive Partizipation sind also zunächst denkbar ungünstig. Erschwerend hinzu kommen die hohe Fluktuation der Bewohner-

⁴ Unter bürgerschaftlichem Engagement wird hier nicht nur das Ehrenamt verstanden, sondern jede Aktivität, die freiwillig, unentgeltlich und auf das Gemeinwesen bezogen stattfindet. Dazu gehören auch Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe und andere auf das soziale Zusammenleben gerichtete Projekte (vgl. Huth 2004: 3).

schaft, die das Interesse an einer Verbesserung des Wohngebietes verhindern, sowie Konflikte im sozialen Zusammenleben der Nachbarschaft (Empirica 2003: 167).

Außerdem gibt es spezifische Belastungen, denen die MigrantInnen ausgesetzt sind: Dazu gehören Unsicherheit im Aufenthaltsstatus, Sorge um den Arbeitsplatz und das Wohlergehen der Familie. Weiterhin bleibt es ein unauflöslicher Widerspruch, dass viele von ihnen auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland noch keine Staatsbürger sind und also auch nicht wählen können und wenig Zugang zu demokratischen Entscheidungsstrukturen haben und nach wie vor verschiedenste kulturell-soziale Ausgrenzungen erfahren, die nicht gerade dazu angetan sind, die Identifikation mit ihrem Quartier zu erhöhen (Hoppe 2003: 31; Beer/Musch 2002: 127; IfS 2004: 128).

Dass die mangelnde Beteiligung von MigrantInnen eher ein soziales denn ein kulturelles oder ethnisches Problem ist beweist die Tatsache, dass beruflich und kulturell gut integrierte MigrantInnen, die zudem die deutsche Staatsangehörigkeit haben, die Beteiligungsangebote in der Regel wahrnehmen (IfS 2004: 128), bzw. dass auch deutschstämmige BewohnerInnen aus unteren sozialen Schichten schwer zu aktivieren sind (Empirica 2003: 15). Nichtsdestotrotz gibt es ethno-kulturelle Besonderheiten verschiedener Migrantengruppen, die wahr- und ernstgenommen werden müssen, wenn man diese Menschen wirklich erreichen will. Im folgenden Kapitel werden die Potentiale und Schwierigkeiten bei der Partizipation von MigrantInnen anhand ausgewählter Institutionen dargestellt.

2. Partizipation im Quartier

Das Quartier als Integrationsebene

Das städtische Quartier als alltägliches Wohn- und Lebensumfeld stellt insbesondere für MigrantInnen den zentralen Ort ihrer sozialen Integration dar. Besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Erwerbslose verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Quartier, das für sie Lebensmittelpunkt, Lernraum und Kontaktfeld ist (BBMFI 2005: 113).

Hier sind MigrantInnen zum einen besonders in ihre eigenen Strukturen eingebunden, zum anderen ist der Stadtteil aber auch der Ort, wo Kontakte zur alteingesessenen Bevölkerung am häufigsten und intensivsten stattfinden. Dies gilt insbesondere auch für Frauen und ältere MigrantInnen (vgl. Zentrum für Türkeistudien 2004: 92).

Neben der Qualität der öffentlichen Einrichtungen spielen für die Integration die sozialen Netzwerke, die innerhalb der ethnischen Community bzw. innerhalb der Familie existieren, eine zentrale Rolle. Zunehmend ersetzen auch professionelle Angebote von MigrantInnen diese sozialen Netzwerke, wo sie nicht mehr tragen. Aufgrund ihrer Kenntnisse der speziellen Bedürfnisse und Probleme der MigrantInnen sind derartige Träger von großem Wert für die soziale Integration und sollten in ihrer Arbeit gefördert werden (BBMFI 2005: 127).

Für das Funktionieren der Quartiere ist die Einbindung der MigrantInnen und vor allem ihre aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen unerlässlich. Nichtsdestotrotz werden hier immer wieder gravierende Defizite statuiert (siehe 1.2). Im Folgenden wird anhand ausgewählter Bereiche, die sich durch eine starke lokale Verankerung und Nähe zur Lebenswelt auszeichnen, die tatsächliche Partizipation von MigrantInnen untersucht.

2.1 Schulen und Kitas

Kindertagesstätten und Grundschulen stellen für viele Migrantenkinder den ersten intensiven Kontakt mit der „Mehrheitsgesellschaft“ dar. Gleichzeitig sind dies die Orte, an denen der Grundstein gelegt wird für die späteren Chancen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt. Somit wird hier sehr früh über den gesellschaftlichen Integrationserfolg entschieden. Auch stellen Migrantenkinder in den Quartieren der Sozialen Stadt oftmals mehr als 80% der Schülerschaft. Die Förderung dieser Kinder, die oft nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen und teilweise weiteren Belastungen ausgesetzt sind, wie schwierige familiäre Situationen, Fehlernährung etc., kann nur ganzheitlich mit aktiver Mitarbeit der Eltern gelingen. Die Einbindung der Eltern in die Schulen (Teilnahme an Elternabenden, Engagement in Elternvereinen etc.) ist dabei oft nur mangelhaft gegeben. Auch die Sensibilisierung der Eltern für Fragen der gesunden Ernährung, gewaltfreien Erziehung und möglichst frühen Sprachförderung stellt in den Gebieten der Sozialen Stadt eine besondere Herausforderung dar. Im Folgenden werden anhand der Ergebnisse der Befragungen sowohl bestehende Konfliktfelder als auch mögliche Lösungsansätze dargestellt.

2.1.1 Elternarbeit an Grundschulen und Kitas

Dass sich Migranteltern nur schwer in Prozesse der Elternarbeit einbinden lassen, ist eine weit verbreitete Auffassung. Auch die Erfahrungen der befragten ExpertInnen deuten in diese Richtung:

„Z.B. an einer Grundschule mit über 80% Migrantenkindern gab es diverse Probleme. Man sagt über die Migranteltern, die machen überhaupt nichts, die haben kein Interesse [...].“

„Was zum Beispiel ganz schwierig ist, dass in den Schulen die Elternabende nicht besucht werden.“

„Sehr schwer war es in den Feldern Bildung und Erziehung. In Schulen und Kitas gab es immer wieder Hinweise von Erziehern, Lehrern und Direktoren, dass es unheimlich schwer sei, Migranten einzubeziehen.“

Allerdings warnen alle Befragten einhellig davor, daraus Schlüsse über ein mangelndes Interesse der Eltern an der Bildung ihrer Kinder zu ziehen. Vielmehr handelt es sich größtenteils um ein grundlegendes **kulturelles Missverständnis** und um Unwissenheit von Seiten der Eltern:

„...weil es in vielen Fällen kulturelle Missverständnisse gibt, wo die Erzieherinnen denken, 'warum wissen die nicht, was wir meinen oder was uns wichtig ist, warum kapieren die das nicht', und die Eltern den Eindruck haben, sie sind nicht erwünscht. Das kann man sich gar nicht selbst vorstellen, wenn man nicht in der Situation ist.“

Die meisten Eltern der Migrantenkinder sind selbst (wenn überhaupt) in Ländern zur Schule gegangen, in denen ein autoritäres Erziehungs- und Bildungsverständnis herrscht. LehrerInnen sind z.B. sowohl in den arabischen Ländern als auch in der Türkei sehr hoch angesehen. Eine Einmischung in ihre Erziehungsmethoden ist dabei unüblich und würde als Affront aufgefasst. Dazu gehören auch Nachfragen, was genau im Unterricht passiert und wie sich das Kind entwickelt. Die Zurückhaltung der Eltern ist somit weniger ein Ausdruck von Desinteresse als vielmehr von Respekt und Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Insofern sollte diese Haltung nicht nur negativ aufgefasst werden, sondern Ansatzpunkt sein, um die Eltern zur Mitarbeit zu ermuntern:

„Wenn man sagt, die haben eine andere Einstellung, die wollen dadurch der Schule und den Lehrern einen größeren Spielraum geben, das ist gutwillig gedacht, und wenn man dann gezielt die Leute anspricht, 'Leute, in Deutschland ist die Einstellung ein bisschen anders, ihr müsst dieses und jenes machen, Kontrollieren, Nachfragen', dann überzeugt man irgendwann wenigstens einen Teil der Eltern.“

Um die Hemmungen der Eltern abzubauen und sie für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, ist eine Konfrontation mit den Schulproblemen ihrer Kinder bzw. eine Aufklärung über das deutsche Schulsystem unerlässlich. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass viele Eltern keine Vorstellung davon haben, wie fatal das Schulversagen für die berufliche Zukunft und somit die Integrationschancen ihres Kindes ist. Viele glauben, *„das reicht, der Lehrer sagt nichts Schlimmes, es wird schon alles gut gehen mit meinem Kind“*, wie es eine Expertin beschreibt. Fatal ist hierbei auch, dass bei Schulproblemen der Kinder den Eltern oft vermittelt wird, sie würden ihrem Erziehungsauftrag nicht genügend nachkommen oder hätten mangelnde pädagogische Fähigkeiten. Dies hat mittlerweile auf Seiten der Migranteltern zu einem **Misstrauen** gegenüber den wohlmeinenden LehrerInnen und ErzieherInnen geführt:

„Die andere Ursache ist oft Misstrauen. Die Eltern werden immer gefragt wenn etwas nicht klappt und werden dann zur Verantwortung gezogen, und dann fühlen sie sich schlecht behandelt.“

„Das ist immer diese Art von Lehrern und Erziehern, die Schuld immer von sich zu schieben: 'Wir haben ja damit nichts zu tun, das sind sie' [die MigrantInnen]. Es gibt auch viele Missverständnisse wegen der Sprache, weil vielleicht über ein Problem weniger gesprochen wird zwischen Eltern und Lehrern. Da wird nicht mal das Gespräch gesucht, ob da vielleicht was anderes das Problem ist. Die Eltern viel-

leicht nicht lesen oder schreiben können, ob viele Kinder zu Hause sind, wo wenig Zeit ist. Da wird von den Erziehern und Lehrern nicht so darauf eingegangen.“

Hier ist wichtig, dass man auf gleicher Augenhöhe mit den Eltern spricht, dass man ihr Vertrauen gewinnt. Dazu gehört auch, den elterlichen Erziehungsstil oder die Familiensituation nicht nur defizitär zu bewerten, sondern die vorhandenen Ressourcen zu erkennen und zu mobilisieren. Als sehr hilfreich haben sich hier bikulturelle **MultiplikatorInnen** erwiesen, die sowohl die Kultur der Herkunftsländer der Eltern verstehen können, als auch das Anforderungssystem der Schule kennen und es den Eltern vermitteln können:

„Wir hatten das Glück, im ersten Jahr des Begleitprogramms LOS eine Lehrerin aus der Türkei zu haben, die schon seit vielen Jahren in Deutschland lebt. Aber hier kann sie nicht als Lehrerin arbeiten, weil sie nicht die entsprechenden Voraussetzungen mitbringt, die für eine Tätigkeit in einer deutschen Schule erforderlich sind. Sie hatte die Idee mit Eltern in Kontakt zu treten, ihnen bewusst zu machen, welche Verantwortung sie haben. Nach etwa einem Jahr konnte sie so viele Eltern aktivieren, dass bei der Wahl der Elternsprecher alle Plätze auch besetzt werden konnten und dass ganz viele migrantische Eltern sich bereit erklärten, als Elternsprecher mitzuarbeiten. Die sehr direkte persönliche Ansprache auf Augenhöhe spielt eine sehr große Rolle – dann kann man die Leute gewinnen.“

Hier wird deutlich, wie bedeutsam das Engagement einzelner Personen für die Aktivierung von MigrantInnen sein kann. Die besagte Lehrerin war mit ihrer Schularbeitshilfe und ihren Elternbesuchen aber auch angebunden an ein Nachbarschafts- und Familienzentrum.

In einigen QM-Gebieten gibt es mittlerweile sog. „**IntegrationlotsInnen**“ oder „KulturvermittlerInnen“, die im Bedarfsfall zwischen Schule und Eltern vermitteln bzw. die Eltern in Schulfragen beraten und unterstützen. Ein weiteres erfolgreiches Modell ist die MultiplikatorInnen-Schulung für Eltern, die z.B. erworbene Kenntnisse über bestehende Beratungsangebote etc. mehr oder weniger informell an andere Eltern weitergeben sollen.

Bei allen Ansprüchen an die MigrantInnen, sich zu integrieren, haben fast alle Schulen mittlerweile eingesehen, dass sie, um erfolgreich um das Engagement der Eltern zu werben, zunächst deren Hintergrund verstehen und auch Zugeständnisse in der Arbeitsweise machen müssen. Mehrere Grundschulen verfolgen mittlerweile das Modell, **Elternabende auch mehrsprachig** anzubieten, entweder mit Übersetzung oder für türkisch oder arabisch sprechende Eltern separat:

„So wie Schulen Elternabende machen, ist es kein Wunder, dass keiner von denen kommt. Das muss schon ein Prozess von beiden Seiten sein. Wenn ich weiß, dass die meisten türkisch sprechen, kann ich nicht sagen, das ist mir egal. Wir haben den Elternabend geteilt und dann in Sprachgruppen weitergemacht, weil es ist ja nun mal ein Fakt, dass viele Eltern kein Deutsch sprechen.“

Diese muttersprachlichen Elternabende wurden von den MigrantInnen deutlich besser angenommen. Auch **mehrsprachige Einladungen** sind hilfreich. Nicht zuletzt ist auch die **persönliche Erinnerung** per Telefon sehr effektiv: Viele der bildungsferneren MigrantInnen haben eine andere Zeitstruktur. So benutzen sie selten Kalender und haben deswegen Mühe, sich über einen längeren Zeitraum an Termine zu erinnern. Manche Schulen nutzen auch den Kontakt über die SchülerInnen, um die Eltern an bevorstehende Termine zu erinnern. Hilfreich ist es zudem, vorab eine **Tagesordnung** festzulegen und deutlich zu machen, welche Themen besprochen werden sollen. Für viele

Migranteneltern sind abstrakte Diskussionsrunden nicht nachvollziehbar; Elternabende zu Themen wie Klassenfahrt oder anstehenden Ausflügen werden dagegen erfahrungsgemäß rege besucht.

Die direkte Ansprache der Eltern per Brief oder Telefon ist sehr effektiv, aber auch zeitaufwendig. An einigen Schulen sind hierfür mittlerweile **Honorarkräfte** eingestellt worden, die zum Teil auch Beratungsfunktionen für die Eltern wahrnehmen. Die Finanzierung solcher Stellen ist sinnvoll, da sie der zusätzlichen Belastung in den problematischen Quartieren gerecht wird. Das Programm Soziale Stadt hat hierfür teilweise wertvolle Ressourcen bereitgestellt.

Wo es um die aktive Mithilfe von Eltern geht, z.B. bei der Ausgestaltung von Schulfesten oder der Begleitung von Ausflügen, scheint die Resonanz sehr positiv zu sein.

Partizipation in Kitas

Die Vorstellung, dass MigrantInnen ihre Kinder seltener in Kitas schicken als deutschstämmige Eltern, entspricht weder der Aussage der Befragten noch offiziellen Zahlen (vgl. BBMFI 2005: 39 ff.). Es gibt allerdings die Tendenz, dass ökonomisch schlechter gestellte Familien ihre Kinder seltener in Kita-Betreuung geben, wovon besonders Migrantenfamilien in benachteiligten Quartieren betroffen sein könnten. Die Mitarbeiterin eines Elternzentrums, das sich speziell zum Ziel gesetzt hat, die Kita-Beteiligung von bildungsfernen Familien zu verbessern, konstatiert:

„Wir haben bisher immer positive Erfahrungen gemacht. Es ist zum Teil ein finanzielles Problem, zum anderen Teil weil auch Kitaplätze fehlen. Sonst hat bisher keine [Mutter] gesagt, dass sie ihre Kinder nicht schicken würde.“

Allerdings gibt es bei den bildungsferneren MigrantInnen teilweise Berührungsängste, weil sie nicht wissen, wie das Kita-System funktioniert. Hier versuchen die Mitarbeiterinnen des Elternzentrums zu vermitteln und die Hemmungen zu nehmen, indem sie die Eltern informieren, sie ermutigen, sich Kitas genau anzuschauen und evtl. zu hospitieren und sie ggf. zur Anmeldung begleiten. Einige Kitas verfolgen den Ansatz, statt Elternabenden im großen Rahmen eher Elternsprechstunden anzubieten. Der geschützte Rahmen eines persönlichen Gesprächs bietet gerade bei unsicheren Eltern die besseren Voraussetzungen.

Für die Eltern, deren Kinder in die Kita gehen, gilt das Gleiche wie für die Eltern von Grundschulern: Eine Motivation zur aktiven Mitarbeit ist möglich, wenn aktiv auf die Eltern zugegangen wird. So berichtet ein Quartiersmanager, wie Eltern erfolgreich in die Umgestaltung eines Kita-Gartens einbezogen wurden, obwohl die Leiterin Vorbehalte geäußert hatte, dass dies möglich sei.

Ein migrantischer Mitarbeiter aus dem QM-Team hat im Elterncafé eine Sprechstunde eingerichtet und die Eltern angesprochen. Sowohl Eltern als auch ErzieherInnen sollten in die Neugestaltung mit eingebunden werden. Besonders die Väter konnten nach einigen Anlaufschwierigkeiten überzeugt werden, bei den Abrissarbeiten mit anzufassen. Das Argument, dass dadurch Geld gespart würde, was für neue Spielgeräte verwendet werden könne, überzeugte die Eltern. Die Mütter haben zusammen mit den Kindern Mosaikarbeiten im Garten gemacht. Die Eltern wurden von der beauftragten Landschaftsplanerin aber auch in alle Schritte der Gestaltung miteinbezogen und durch das QM kontinuierlich informiert. Zum Abschluss der Arbeiten sollte gemeinsam gefeiert werden. Die Beteiligung der Eltern übertraf alle Erwartungen:

„Als alles fertig war haben wir gesagt, wir müssen ein großes Fest machen. Also haben wir die Eltern wieder eingeladen und dachten, wie beim Anfang werden ja nur so zehn Eltern kommen. Es waren über 30 oder 40 Eltern da – der Raum war

knackend voll. Es gibt eine große Aufgeschlossenheit, eine große Aufbruchsstimmung, so dass man auch neuen Mut schöpft. Es geht darum konkrete Arbeiten zu machen.“

Wenn man von den Migranteltern eine ernsthafte Beteiligung fordert, dann muss man auch dazu bereit sein, sich für ihre Themen zu öffnen und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Hier scheitert es teilweise noch an scheinbar kleinen, im Detail jedoch verheerenden Dingen. So berichten mehrere Befragte unabhängig voneinander, dass sich in einigen Kitas über den Wunsch muslimischer Eltern schlicht hinweggesetzt wurde, den Kindern kein Schweinefleisch zu servieren. Nicht nur wird dies von den Eltern als Vertrauensbruch wahrgenommen; es kann bei dieser Haltung auch nicht glaubwürdig vermittelt werden, dass die Meinung der Eltern wirklich interessiert und ihre Präsenz auf Elternversammlungen eine andere als eine Alibifunktion hat. Wenn in einer Kita mit bis zu 80% muslimischen Kindern die Kitaleitung immer noch Schweinefleisch auf dem Speiseplan zu stehen hat, dann muss man sich fragen, ob hier die Präsenz anderer Kulturen und Religionen gewünscht ist, und warum Menschen sich engagieren sollen, deren Anliegen komplett ignoriert werden (vgl. auch den Beitrag von Aysun Ertan in der ZEIT vom 10.11.2005).

Auch bei der Personalpolitik stellt sich diese Frage. In einer Kita mit 80% türkischen Kindern könnte eine zweisprachige Erzieherin eine wichtige Ansprechpartnerin für die Eltern und positive Identifikationsfigur für die Kinder sein. Dennoch machen sich z.B. türkischsprachige ErzieherInnen rar in deutschen Kitas. Einige Interviewpartnerinnen befürworten auch die gezielte Einstellung von „Kopftuchträgerinnen“, um die kulturelle Vielfalt der Eltern zu reflektieren. Es wird betont, dass jenseits der Sprache auch das Visuelle Vertrauen weckt.

Es entsteht der Eindruck, dass die multikulturelle Gesellschaft, wie sie seit Jahrzehnten in Deutschland Realität ist, immer noch ausgeblendet und verdrängt wird, statt dass offen-siv mit den bestehenden Differenzen umgegangen wird und diese letztendlich auch als Ressource gesehen werden. Die kulturelle Präsenz von MigrantInnen im Alltag wird noch zu oft als Anomalie wahrgenommen und nicht als Selbstverständlichkeit, auf die die Gesellschaft sich einzustellen hat.

Elternbildung

Als sehr erfolgreiches Modell haben sich Bildungsangebote für Eltern erwiesen, die zur Unterrichts- bzw. Betreuungszeit der Kinder in Kitas oder Schulen stattfinden. Zum einen erleichtert dies die Alltagsorganisation von Eltern (insbesondere von Frauen) enorm (siehe auch 3.3.2), zum anderen baut es Hemmschwellen ab:

„[...]z.B. Bildungsangebote für Eltern in der Schule anbieten. Damals, als diese Deutschkurse hier waren, waren auch Mütter aus meiner Klasse dann da oben, und die haben öfter mal ein Frühstück oder so was gemacht, und die haben dann was runtergeschickt, [...] dann sind sie mal vorbeigekommen und haben reingekuckt, das war ganz nett. Damit die diese Scheu verlieren vor Schule [...].“

Allein durch die räumliche Nähe entstehen also informelle Möglichkeiten des Austausches zwischen LehrerInnen und Eltern, und die Eltern bekommen auch mehr von dem Schulalltag ihrer Kinder mit. Neben der Möglichkeit, Sprachkurse anzubieten, können diese Orte auch für gezielte Elternbildung genutzt werden. So kann es Veranstaltungen bzw. Kurse geben zu den Themen gesunde Ernährung, Vorsorgeuntersuchungen, gewaltfreie Erziehung, Förderung der Entwicklung und auch Umgang mit Problemen in der Familie oder mit der Schule. Hierfür bietet es sich an, den Eltern einen eigenen Raum zu geben, den sie auch selbst ehrenamtlich betreiben können, in Form eines **Elterncafés**.

Elterncafés können an bestehende Schulstationen oder Schülercafés angegliedert sein und bieten eine offene Gelegenheit zum Treffen und zur Kommunikation der Eltern untereinander. In diesem Rahmen können dann auch professionelle Bildungs- und Beratungsangebote angesiedelt sein. Oft werden diese Elterncafés in Kooperation mit Nachbarschaftszentren organisiert. Sie sind somit auch ein Schritt in Richtung einer „offenen“ bzw. „Stadtteilschule“, die sowohl die Ressourcen anderer Akteure nutzt als auch eigene Ressourcen (besonders Räumlichkeiten) für die Aktivitäten des Stadtteils zur Verfügung stellt. Im vorliegenden Fall wird hier auch eine pädagogische Nachmittagsbetreuung auf dem Schulhof angeboten, so dass die Schule nicht nur Lernort für die Kinder ist, sondern Lebensort für die ganze Familie. Nicht zuletzt ist es auch der Ort, wo Eltern gemeinsam aktiv werden können.

Für die Familien, die selbst über niedrigschwellige und offene Angebote wie Elterncafés nicht zu erreichen sind, wurde das Konzept der **Stadtteilmütter** entwickelt. Dieses gibt es mittlerweile in mehreren deutschen Städten. Die Stadtteilmütter sind eine Gruppe von ca. zehn Frauen, die selbst Migrantinnen und Mütter sind und im betroffenen Stadtteil leben. Sie erhalten eine zweijährige (!) Ausbildung, in der sie auf die aufsuchende Elternarbeit vorbereitet werden. Die Stadtteilmütter gehen zu den Familien mit Kindern bis zum Einschulungsalter nach Hause und sprechen dort (überwiegend) mit den Müttern über Fragen des Schul- und Kitasystems, Gesundheit, Suchtprävention aber auch Sexualentwicklung und Sprachförderung. Insgesamt gibt es zehn Themenkomplexe, die jeweils in einem Besuch behandelt werden. Sie bringen den Eltern mehrsprachige Informationen mit und regen sie auch an, weiterreichende Beratungs- und Bildungsangebote wahrzunehmen. Den besonderen Zugang zu den Eltern beschreibt eine Teilnehmerin so:

„Es ist ein Unterschied, ob man türkisch spricht oder ob man Türkin ist. Es ist ein ganz anderes Vertrauen da. Wir kommen nicht vom Amt. Es kommt öfter mal die Frage, ob wir vom Jugendamt kommen. Das ist dann so eine Sperre. Wir sind normale Familien, wir leben hier im Stadtteil. Wir haben Kinder, die hier zur Schule gehen. Wir sind auch ein Teil von dem hier. Und wir kennen die Probleme, die sie auch haben. Deshalb können wir sie besser verstehen als andere.“

Die aufsuchende Beratung wird sehr positiv aufgenommen, und gerade bei den „heiklen“ Themen wie Sexualentwicklung besteht bei den Müttern ein großer Gesprächsbedarf. Väter werden über das Projekt allerdings weniger erreicht; fast immer finden die Gespräche mit den Müttern statt. Die Väter lesen allerdings die Broschüren. Es wird angedacht, auch eine Gruppe von Stadtteilverätern aufzubauen. Aufgrund der üblichen Rollenverteilung gibt es hier aber die Überlegung, die Väter für die Arbeit mit pubertierenden Jugendlichen einzusetzen und nicht für die Arbeit mit (Klein-)Kindern, die traditionell als Frauendomäne gesehen wird.

Die Stadtteilmütter betonen, wie wichtig die Professionalität für ihre Tätigkeit ist bzw. welcher hohen Stellenwert es für die aufgesuchten Familien hat, ob jemand diese Arbeit „richtig“ macht oder „nur so“ (sprich: bezahlt oder unbezahlt). Nicht zuletzt ist dies ein Berufsbild, dass gerade Migrantinnen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnen kann. Was vorher in dieser Gesellschaft ihr Manko war (Migrantin sein, keine deutsche Muttersprachlerin), kann hier zu einer wertvollen Ressource werden. Bislang erhalten die Stadtteilmütter lediglich eine Aufwandsentschädigung. Aber viele von ihnen sind erwerbslos und einige sogar ausgebildete Erzieherinnen. Es sollte ernsthaft an der Verstärkung dieses Berufsbildes gearbeitet werden. In Darmstadt fand im Rahmen des Programms EQUAL ein Pilotprojekt statt, in dem das sehr ähnliche Berufsbild der IntegrationslotsInnen verstetigt werden sollte.

2.1.2 Sprachförderung

Dass die Beherrschung der deutschen Sprache für das gesellschaftliche Fortkommen von MigrantInnen unerlässlich ist, steht außer Zweifel. Allerdings haben sich in den letzten Jahrzehnten Strukturen herausgebildet und verfestigt, in denen kaum noch Deutsch gesprochen wird. Für die Kommunikation innerhalb der Familie, dem ersten Lernort der Kinder, ist Deutsch keine Notwendigkeit. Auch für Erwachsene geht der zunehmende Ausschluss vom Arbeitsmarkt mit einer Verringerung des Kontaktes mit der deutschen Sprache einher. Die Sprache ist dabei nur Spiegel der Integration in die Gesamtgesellschaft:

„Es hat einfach auch damit zu tun, was die Leute von der Gesellschaft wollen. Dann geht es mit dem Deutsch auch leichter. Die können nur dann was wollen, wenn wir ein sympathisches und offenes Gegenüber sind. Sprachförderung könnte man sich sparen, wenn man den Leuten Jobs geben könnte. Es ist auch ein Symptom, an dem man doktert. Wenn sie einen Job hätten, wäre die Notwendigkeit größer, Deutsch lernen zu müssen.“

Im folgenden werden einige Strategien beleuchtet, um die „Sprachbereitschaft“ unter MigrantInnen zu fördern. Dabei entstand bis auf eine Ausnahme nicht der Eindruck, dass die MigrantInnen sich der deutschen Sprache verweigern würden. Im Gegenteil seien Eltern für die Sprachförderung ihrer Kinder offen, und Sprachlernangebote würden im Allgemeinen gut angenommen. Allerdings ist hier das Angebot noch stärker auf den Bedarf auszurichten und muss sich an den vorhandenen Kenntnissen und Lernmöglichkeiten der MigrantInnen orientieren.

Sprachförderung für Erwachsene

Gerade für erwachsene bzw. ältere MigrantInnen mit niedrigem Bildungsstatus, denen das Lernen an sich nicht sehr vertraut ist, besteht oftmals eine Hemmschwelle, an den regulären Sprachkursen z.B. der Volkshochschulen teilzunehmen, obwohl das Interesse an der Sprache vorhanden ist. Sie schämen sich für ihre mangelhaften Sprachkenntnisse, die sie selbst teilweise unterschätzen, oder sie sprechen tatsächlich nicht genug Deutsch, um dem deutschsprachigen Unterricht folgen zu können. Hier haben sich niedrigschwellige Angebote bewährt, die als Vorbereitung auf die VHS-Kurse dienen und wo, oft gestützt von zweisprachigen LehrerInnen, vor allem die Alltagskommunikation geübt wird. Das freie Sprechen, das Sich-Ausdrücken in der fremden Sprache ist zunächst wichtiger als Grammatikregeln. Besonders für Frauen ist dieses Angebot wichtig:

„Das ist in erster Linie auch um Angst zu nehmen und eine Annäherung an die Sprache zu finden, im kleinen Kreis, wo man sich nicht blamieren kann, dass sie eine Stärkung dadurch erfahren. Früher war es voller, z. Zt. sind es ca. neun Leute, was auch reicht für einen Kurs. Diese Leute kommen aus dem Haus, die haben jemanden mit dem sie sprechen können, und dabei lernen sie etwas. Dann haben sie keine Angst mehr, wenn sie etwas nicht verstehen am Anfang. Ich habe von vielen Frauen gehört, wenn die am ersten Tag in die VHS gehen, und der Lehrer auf Deutsch spricht, verstehen sie überhaupt nichts und bekommen Angst.“

„Der Bedarf an Sprachkursen ist bei Eltern und Senioren vorhanden. Die Schwierigkeit ist für mich, eine Lehrerin zu finden, die Russisch spricht und Deutsch unterrichten kann. Weil unsere Seniorinnen wollen eine Lehrerin, die Deutsch unterrichten kann und russische Muttersprachlerin ist. Sonst wird das zu schwer für sie. Und wenn wir eine Lehrerin hatten, waren die Gruppen immer sehr groß. Bis zu 30 Leute waren in einer Gruppe.“

Gerade unter arabischen und türkischen Migrantinnen bildungsferner Schichten gibt es eine nicht unerhebliche Zahl von Analphabetinnen. Hier ist zunächst eine Alphabetisierung in der Muttersprache angezeigt, um Lesen und Schreiben und darauf aufbauend die deutsche Sprache zu lernen. Es muss immer wieder betont werden, dass fremdsprachige Alphabetisierungskurse mit dem Ziel stattfinden, langfristig eine deutsche Sprachkompetenz zu entwickeln. Aus Sicht vieler Sprachpädagogen muss „erst die Muttersprache sitzen, bevor eine andere Sprache aufgebaut werden kann.“ Die Alphabetisierungskurse sollten jedoch nicht nur auf den Schrifterwerb ausgelegt sein, sondern von deutschsprachigen Konversationsübungen begleitet sein, auch um den Einstieg in spätere Deutschkurse zu erleichtern und um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass viele MigrantInnen nicht so schreibgestützt denken und handeln, wie man es in Deutschland gewohnt ist.

Sprachförderung für Kinder

Die Sprachförderung für Kinder muss so früh wie möglich beginnen und hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

Zunächst muss es in den Kitas Fortbildungen für das Erzieherpersonal geben, und die Sprachförderung muss kontinuierlicher Bestandteil des Tagesablauf sein. Viele Befragte empfehlen hier auch zweisprachiges Personal, das als Vorbild fungiert und die Kinder zum Deutschsprechen motiviert. Auch zweisprachige Kita-Konzepte werden von vielen Befragten befürwortet, da oft die Ausbildung der Muttersprache nicht befriedigend verlaufen ist. Auf jeden Fall müssen die strukturellen Rahmenbedingungen für die Sprachförderung in Kitas geschaffen werden: mehr Räume, mehr ErzieherInnen, kleinere Gruppen und entsprechende Kompetenzen des ErzieherTeams.

Die Förderung durch die Eltern ist essentiell; diese verfügen aber oftmals selbst nicht über ausreichende Sprachkompetenzen. Hier ist es sinnvoll, Sprachkurse im Rahmen der Kitas und Schulen für die Eltern bereitzustellen, so dass die Eltern „mitlernen“ :

„Wir bieten dann den Müttern in der Kita oder in der Schule nahtlos an, zum Sprachkurs zu gehen. Aber sie muss dann auch versprechen, dass innerhalb der Familie der Ehemann mitmacht oder die komplette Familie.“

„Es geht nicht nur um das Kind selbst, sondern es geht auch um die Eltern. Also das Kind kommt in die Kita, die Mutter oder der Vater kann in einen Sprachkurs. Und dieser Sprachkurs sollte so gestaltet werden, dass es indirekt ein pädagogischer Kurs ist, wie sie mit dem Kind umgehen.“

Nicht nur in den Lerninstitutionen, sondern überall im Alltag sollten die MigrantInnen für das Thema Sprachförderung sensibilisiert werden. Dafür bietet es sich an, für die verschiedenen Altersgruppen (Kleinkinder, Schulkinder, Jugendliche, Erwachsene) geeignete MultiplikatorInnen bzw. Kooperationspartner zu finden. Das können z.B. Kinderärzte sein, wo man die Vorsorgeuntersuchungen ("U-Untersuchungen") nutzen kann. Andere Kooperationspartner sind Träger der Familienbildung, Einzelfallhilfen, der sozialmedizinische Dienst, aber auch Geschäfte, Rechtsanwälte etc. Diese MultiplikatorInnen sprechen die Leute, die zu ihnen kommen, aktiv auf das Thema Sprachförderung an.

„Der Ansatz ist der, die Leute in verschiedenen Lebensbereichen abzuholen und ihnen immer wieder zu sagen, wofür Deutsch gut ist. Überall wo Leute was tun wollen und wo sie an die Grenzen ihrer Sprachfähigkeit kommen, da muss man sie ansprechen.“

Ein zusätzlicher Ansatz für Familien, in denen kaum Deutschkenntnisse vorhanden sind, sind Hausbesuche durch ausgebildete MultiplikatorInnen. Hier ist in einem QM-Gebiet ein Konzept entwickelt worden, bei dem junge MigrantInnen (OberschülerInnen oder

StudentInnen) die Familien ein- bis zweimal wöchentlich aufsuchen, um dort mit den Kindern Deutsch zu sprechen und anhand von Unterrichtsplänen zu lernen. Die Eltern können nach Bedarf in die Übungen einbezogen werden. Voraussetzung ist auch, dass die Eltern sich bereit erklären, an einem Sprachkurs teilzunehmen.

„Das ist ein ganz wesentlicher Punkt zu sagen, man geht in Räume, wo den ganzen nicht einmal Deutsch gesprochen wird, und redet da mal Deutsch – und zwar als einer, der sich kulturell gut auskennt und genau weiß wie er sich da zu bewegen hat, eine Beispielwirkung auch hat. Zu sagen: Ich bin hier geboren, ich habe auch kein Deutsch gesprochen, in einem bestimmten Alter habe ich es gelernt, und jetzt mache ich Abitur.“

Insbesondere für die Kinder haben die MultiplikatorInnen eine wichtige Vorbildfunktion. Aber auch für sie selbst ist die Erfahrung, dass ihre Zweisprachigkeit eine wichtige und nützliche Kompetenz ist, sehr wichtig. Ihr Aufwand wird durch ein kleines Honorar entschädigt, was ebenfalls sehr zur Stärkung des Selbstwertgefühls und zur Motivation der jungen MigrantInnen beiträgt. Überhaupt sollte Zweisprachigkeit stärker als eine besondere Qualifikation betrachtet und eingesetzt werden.

Auch in Schulen ist die Einstellung von zweisprachigen LehrerInnen und pädagogischem Personal ein Thema. Gerade für AussiedlerInnen, die oft erst als Jugendliche nach Deutschland kommen, wäre dies ein wichtiges Zugeständnis an ihren vorhandenen Wissensstand:

„Man muss sich das so vorstellen. Die Kinder haben in ihren Herkunftsländern schon sechs, sieben Jahre Unterricht gehabt und kommen nun nach Deutschland, werden eine Klasse hinuntergestuft und müssen intensiv Deutsch lernen. Dann ist es gut, wenn ein Sozialpädagoge in der Schule für sie da ist, der russisch spricht und sie betreuen kann in den ersten drei Jahren. Danach haben sie sich sprachlich meistens so weit entwickelt, dass sie alleine gut zu Recht kommen.“

2.2 Mieterbeirat und Hausgemeinschaft

Die Beteiligung von MigrantInnen auf Ebene ihres Wohnhauses kann als erfolgreiche Strategie bezeichnet werden. Besonders Großsiedlungen bzw. Wohnblöcke bieten sich hierfür an, denn die meisten MieterInnen haben ein Interesse an der Auflösung der bestehenden Anonymität bzw. an der Überwindung von Nachbarschaftskonflikten, wie sie oft entstehen, wenn viele Menschen unterschiedlicher Kulturen auf engem Raum zusammenleben. Ein weiterer Punkt, der dem Interesse der MieterInnen entgegenkommt, ist die Aufwertung und Verschönerung der Wohnanlage.

Initiativen in diesem Bereich haben den Vorteil, dass sie für die MigrantInnen sehr greifbar und konkret sind, dass diese ein Eigeninteresse an der Umsetzung derartiger Projekte haben und dass aufgrund der geringen räumlichen Mobilität vieler MigrantInnen die Identifikation mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung relativ hoch ist.

Im Folgenden wird beispielhaft die Erfolgsgeschichte eines Wohnblocks dargestellt, der sich durch hohen Leerstand, große Anonymität und eine starke negative Medienaufmerksamkeit „auszeichnete“.

In Reaktion auf die vielen Missstände im Haus wurde unter Begleitung des Quartiersmanagements gemeinsam mit dem örtlichen Präventionsrat auch ein **Mieterbeirat** gegründet. Von Anfang an wurde dabei der Schwerpunkt darauf gelegt, auch migrantische Vertreter zu integrieren, und zwar als wirklich aktive Mitglieder. Laut Aussage des Experten gibt es eine deutschstämmige und zwei migrantische Sprecherinnen, die jeweils auch ein unterschiedliches Klientel ansprechen können. Besonders die direkte Ansprache der BewohnerInnen ist wichtig. Dabei fungieren die oft intensiven und weitrei-

chenden Familienverbindungen unter den MigrantInnen im Haus als Schneeballsystem zur Mobilisierung der MieterInnen. Da aufwändige Formalitäten oft als Partizipationshemmnisse wahrgenommen werden, war es hilfreich, dass der Eigentümerversorger mit einer übersichtlichen zweiseitigen Geschäftsordnung des Mieterbeirates einverstanden war.

Inzwischen organisiert der Mieterbeirat selbstständig viele Aktionen, z.B. Trödelmärkte, Kinderfeste, Putz- und Begrünungsaktionen, Hausfeste. Zum Jahreswechsel ist eine lange Tafel geplant, wo gemeinsam gegessen und sich ein gutes neues Jahr gewünscht wird. Man hat sich hier gegen eine Weihnachtsveranstaltung entschieden, weil es viele muslimische BewohnerInnen gibt. Auf Wunsch der MieterInnen wurden im Hof Mietergärten eingerichtet.

Der Handlungsansatz des Quartiersmanagements ist es hier, bestehende Eigeninitiative administrativ und beratend zu unterstützen, bzw. teilweise wurden vom QM Projekte initiiert, die sich dann selbst tragen, wie z.B. der Trödelmarkt, der auch an die ökonomischen Interessen der BewohnerInnen anknüpft.

Auch werden kontinuierlich bei kleinteiligen Planungen die BewohnerInnen miteinbezogen. Der Schülerladen im Haus stellt ebenfalls einen guten Anknüpfungspunkt dar. Hier gab es z.B. eine betreute Backaktion für Kinder, und dann wurden die Eltern eingeladen, die Kekse zu kosten. Hier entstanden wertvolle Synergieeffekte:

„Gerade bei dieser Backaktion haben wir ganz viele Leute kennen gelernt, die sich dann sowohl im Mieterbeirat als auch in der türkischen Frauengruppe organisiert haben.“

Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist die Einrichtung eines **Bewohnertreffs** im Haus. Dem ging (in Eigeninitiative, aber unterstützt vom QM) die Gründung einer türkischen Frauengruppe voraus, die einen Kommunikationsort suchte. Auch eine deutsche Frauengruppe gründete sich. Aus diesen Gruppen gab es das Bestreben einen Bewohnertreff zu organisieren. Ein nicht ausgebautes Erdgeschoss wurde hierfür umfunktioniert. Aus den Frauengruppen haben sich einige bereit gefunden, täglich, vor allem vormittags, dort ein kleines Angebot machen, wo man etwas trinken kann, ein Brötchen essen oder sich einfach trifft. Aus dieser Betreiberinitiative wiederum ist ein Verein entstanden. In diesem ist der Migrantanteil jedoch nicht sehr hoch. Der befragte Experte kommentiert:

„Wir müssen immer wieder feststellen, dass unter den migrantischen Bewohnern Bereitschaft da ist, sobald es um konkrete Aktionen geht. Aber Verantwortung zu übernehmen und sich verbindlich festzulegen, können sie oft nicht mit Verpflichtungen in der Familie vereinen. Die Frauengruppe ist aber sehr stabil.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Hausgemeinschaft als Beteiligungsebene für MigrantInnen sehr vielversprechend ist, weil sie Elemente vereint, die auch schon im vorigen Abschnitt als förderlich für das Engagement von MigrantInnen analysiert wurden: Kleinteiligkeit, direkte Betroffenheit, Kommunikation über gesellige Anlässe, Einbindung der Familienstrukturen.

2.3 Formale Beteiligungsgremien auf Stadtteilebene

2.3.1 Der Quartiersrat

Lange vor dem Programm Soziale Stadt wurden im Bereich der Sanierungspolitik bereits institutionelle Beteiligungsgremien geschaffen, die ursprünglich der Information von und Kommunikation mit von der Sanierung betroffenen BewohnerInnen dienen sollten. Hier wurde vor allem über Anhörungen, später auch über Planungsworkshops und ähnliche

Instrumente versucht, die Wünsche der BewohnerInnen zu ermitteln und in das Verwaltungshandeln zu integrieren. In Anbetracht der starken Ausrichtung auf Bewohneraktivierung und –beteiligung, die im Rahmen des Programms Soziale Stadt festgeschrieben ist, und vermutlich auch unter dem Eindruck der Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen eines Bürgerhaushalts, wie er im brasilianischen Porto Alegre eingeführt wurde (vgl. Herzberg 2001), entschloss sich der Berliner Senat im Jahr 2000, einen sog. Quartiersfonds zunächst für zwei Jahre aufzulegen. Dieser Fonds stellte in den damals noch 17 QM-Gebieten einer aus BewohnerInnen und anderen Aktiven im Quartier zusammengesetzten „Bürgerjury“ jeweils eine Summe von 1 Millionen DM zur Verfügung. Der Bürgerjury oblag es, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Fachverwaltungen von Senat und Bezirk, über die Verwendung dieser Mittel im Rahmen des Programms Soziale Stadt zu entscheiden. Die Erfahrungen waren so positiv (vgl. SenStadt 2004), dass das Verfahren verstetigt werden soll: Bislang nur in den alten QM-Gebieten im Bezirk Mitte (fünf Gebiete), langfristig jedoch in allen QM- und Stadtteilmanagementgebieten, entscheidet ein sog. Quartiersrat nicht mehr über einen Extra-Fonds, sondern über die Verwendung von 20-100% der regulären Fördermittel aus der Sozialen Stadt. Der innovative Charakter dieses demokratischen Instruments und seine Erfolgsgeschichte lassen es sinnvoll erscheinen, die Potentiale des Quartiersrates im Hinblick auf die Einbindung von MigrantInnen zu untersuchen.

Der Quartiersrat als Nachfolger der Bürgerjurs und als Pilotprojekt für mehr Bürgerbeteiligung wird für Berlin-Mitte als erfolgreiches Modell gewertet. Generell haben Modelle wie Quartiersfonds den positiven Effekt, dass sich ein zusätzlicher Lern- und Aktivierungseffekt insofern ergibt, *„als die beteiligten Bewohner lernen, unterschiedliche Ansprüche abzuwägen, zu haushalten, Erfolgsaussichten einzuschätzen usw.“* (IfS 2004: 129)

Ganz anders verhält es sich dagegen, wenn man den Anteil der MigrantInnen an diesem Gremium betrachtet: Dieser schwankt bei den fünf Quartiersräten zwischen einem Drittel (ca. 33%) und einem Neuntel (ca. 11%). Bei einem Ausländeranteil⁵ in den Quartieren von über 30% sind sie damit deutlich unterrepräsentiert. Das QM-Gebiet mit dem höchsten Migrantanteil im Quartiersrat verfolgt eine Strategie der Einbindung von MigrantInnenvereinen (besonders Moscheevereine) auf der einen Seite und setzt auf die persönliche Ansprache durch einen einzelnen (mehrsprachigen) Mitarbeiter auf der anderen Seite. Im Rückblick auch auf die Bürgerjurs ist jedoch festzustellen, dass dieses Instrument gerade durch die Abgabe von finanzieller Verantwortung und somit von Gestaltungsmacht an die BewohnerInnen deren Selbstbewusstsein und die Identifikation mit ihrem Gebiet erhöht hat, dass die Vernetzung der Aktiven im Gebiet verbessert wurde und Engagierte für weitere Projekte gewonnen werden konnten. Ausgerechnet für MigrantInnen scheint diese Form der Beteiligung jedoch weitgehend unattraktiv zu sein. Dies gilt auch für ähnliche Projekte wie den LOS-Begleitausschuss, den Vergabebeirat für den Aktionsfonds oder regelmäßig tagenden Stadtteilplena und Kiezforen.

2.3.2 Weitere Beteiligungsgremien

Die QM-Teams bemühen sich, MigrantInnen für die Mitarbeit in Gremien wie dem Präventionsbeirat, dem LOS-Begleitausschuss und dem Vergabebeirat des Aktionsfonds Mitwirkende zu gewinnen. Dabei zeichnet sich ab, dass es oft einzelne Aktive sind, die dann auch in mehreren Gremien partizipieren. Auch scheint die Ansprache bereits in professionellen Zusammenhängen tätiger MigrantInnen einfacher zu sein als anonyme BewohnerInnen zu erreichen:

⁵ Anteil nichtdeutscher StaatsbürgerInnen; die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund ist wesentlich höher, wird aber nicht statistisch erfasst.

„Aber beim Quartiersfonds haben wir das nicht hinbekommen, und da haben wir gesagt, dass die Träger wenn es geht einen migrantischen Mitarbeiter zur Verfügung stellen sollen.“

Dies entspricht zwar nicht dem Anspruch, möglichst neue Aktive für das Engagement im Quartier zu gewinnen statt einen „closed shop“ zu errichten; allerdings kann das krampfhaftes Suchen nach den aktiven migrantischen Einzelpersonen auch kontraproduktiv sein:

„Das Problem ist manchmal, wenn Sie so partout migrantische Bewohner haben wollen, kann es sein, dass es kontraproduktiv wird, weil die sich nicht äußern. Sie sind schüchtern. Voraussetzung ist, dass sie Deutsch können. Sie sollten auch hier im Gebiet aktiv sein. Sonst nutzt es nichts. Die nur als Quoten sitzen zu haben bringt nichts.“

Eine weitere Schwierigkeit scheint die kontinuierliche Mitarbeit an „abstrakten“ Themen wie „Integration“ oder „Positive Stadtteilentwicklung“ darzustellen. Die Einbindung von MigrantInnen, so berichten viele ExpertInnen, gelingt nur, wenn es um Themen geht, die sie „existentiell“ persönlich betreffen und interessieren. Ein Beispiel ist, wenn bei einer Versammlung die eigenen Kinder auftreten, kommen die Eltern zwar, gehen aber gleich nach dem Auftritt wieder. Die Chance, MigrantInnen über konkrete und zeitlich begrenzte Projekte einzubeziehen, wird wesentlich höher eingeschätzt. Mitunter kam es unter den in den Beiräten aktiven MigrantInnen zu einem Gefühl der Ausgrenzung, wenn eigene Anträge abgelehnt wurden. Hier gibt es bei den MigrantInnen eine sehr hohe Sensibilität, und oft schließt sich an abgelehnte eigene Anträge der Rückzug der MigrantInnen aus dem entsprechenden Gremium an.

In einem QM-Gebiet wurde alternativ ein Beteiligungsforum eingerichtet, das sich nur an die MigrantInnen wendet und speziell ihre Themen aufgreift. Dieses Projekt läuft sehr erfolgreich neben den anderen üblichen Beteiligungsformen. Hier stellt sich die Frage, ob zugunsten der Verbesserung der Partizipation von MigrantInnen nicht vorläufig auf den Anspruch verzichtet werden sollte, immer ein gemeinsames Gremium für alle BewohnerInnen zu haben. Auf der anderen Seite sind diese Beiräte wichtige Orte der Vernetzung und des Austauschs, gerade auch zwischen MigrantInnenvertretern und VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft. Auf diese Art treten zwar zunächst nur die lokalen „Kiezcliques“ miteinander in Kontakt (vgl. Kast 2005). Deren Kooperation kann für das Quartier jedoch große Gewinne bringen, und die Begegnung und Zusammenarbeit der nicht-professionellen aktiven BewohnerInnen kann auf Projektebene besser organisiert werden.

Nicht zuletzt scheitert die Einbindung von bildungsfernen Schichten und somit von vielen MigrantInnen an den hohen Anforderungen, die die Mitarbeit in diesen Gremien an die TeilnehmerInnen stellt. Dies betrifft vor allem auch die Umsetzung von Projekten, die über diese Gremien genehmigt wurden. Gerade wenn (was im Sinne des Empowerment erwünscht ist) engagierte Einzelpersonen oder Selbsthilfeinitiativen und Bürgervereine Projekte umsetzen wollen, stehen sie vor großen bürokratischen Hürden, wie viele ExpertInnen beklagen:

„Wenn Partizipation bürokratisch organisiert wird, ist es der Tod. Es war schwierig mit der Abrechnung. Da gibt es eben Leute, die das nicht zeitnah abrechnen. Jetzt im Nachhinein wird auf einmal gefordert[...], wenn der Bewohnertreff sich was anschafft, dass der drei Angebote einholt, dass der von seiner Veranstaltung einen Bericht abgibt. Da muss es einen Flyer geben, der mit abgegeben wird, auch wenn es gar keinen gab. Also wenn ich Partizipation will, muss ich klare Regelungen fin-

den, die die Leute auch verstehen können, und die nicht zu einem unheimlichen bürokratischen Aufwand ausarten.“

Das Problem bei dieser Form der Beteiligung ist, dass es ein klassisches Mittelschichtmodell ist, das sehr verbal und auch formalisiert abläuft. Diese Form der Beteiligung ist in den Herkunftsländern der MigrantInnen weitgehend unbekannt. Viele der befragten ExpertInnen äußern, dass es eine Art unsichtbare Schwelle gibt, über die sich die MigrantInnen nicht trauen. Viele fühlen sich sprachlich überfordert:

„Im Bewohnerbeirat sind immer Vertreter von Aussiedlern dabei, obwohl es nicht einfach war diese Vertreter zu gewinnen. Sie haben gesagt, sie verstehen nicht alles, was wir diskutieren. Sie können sich auch nicht einbringen mit ihren Vorschlägen. Das hat den Leuten irgendwann keinen Spaß gemacht.“

Einige fühlen sich anscheinend auch einfach nicht angesprochen. Hinzu kommen die Schwierigkeiten bei Abendterminen und bei der Einhaltung von Terminen generell (vgl. 2.1).

Aber auch die vermeintliche „Alibifunktion“ von formalen Beteiligungsgremien wird von einigen ExpertInnen kritisiert. So äußert ein Befragter:

„Eine Beteiligung kann z.B. nicht sein, im Jahr an drei Kiezforen teilzunehmen. Da sind 90% der Teilnehmer Kanonenfutter. Die können sehr wenig in Bewegung setzen, aber für den Erfolg dieser Veranstaltung müssen die da anwesend sein, damit das irgendwann mal im Bericht stehen kann [...] Viele Leute, wenn sie irgendwas mitmachen, dann wollen sie auch mitgestalten können. Die wollen zum Schluss beim Ergebnis ihre Beteiligung oder ihren Einsatz in irgendeiner Form sehen.“

Der Eindruck, MigrantInnen seien schwer zu aktivieren und beteiligen, entstammt vermutlich hauptsächlich den Erfahrungen mit diesen klassischen Ansätzen der Bürgerbeteiligung. Bei dieser Wahrnehmung handelt es sich um eine Verzerrung, da vielfältige Formen des Engagements und der Partizipation von MigrantInnen ausgeblendet werden oder gar als bedrohlich eingestuft werden (Moscheevereine, ethnische Organisationen). Wie gezeigt werden konnte, gibt es ein vielfältiges Engagement von MigrantInnen auf Quartiersebene, das jedoch nicht immer das Etikett „Bürgerbeteiligung“ trägt und deswegen häufig übersehen wird.

2.4 Jugendarbeit

Gerade MigrantInnengendliche sind verstärkt von gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozessen betroffen. Ihre Schulerfolgsquote ist zumeist niedrig, und viele haben Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Hier ist mittlerweile ein Teufelskreis aus schlechten Leistungen in der Schule und Diskriminierungserfahrungen in der Arbeitswelt geworden. Umso dringlicher erscheint es, die Jugendlichen mit Angeboten zu erreichen, die ihnen eine Perspektive bieten.

Zu den erwähnten Problemen bei der Bildung, Ausbildung und Arbeitsplatzsuche kommen oft noch kulturelle Konflikte innerhalb der eigenen Familie hinzu. Die meisten MigrantInnengendlichen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, haben jedoch auch eine starke Bindung an die Heimat ihrer Eltern. Von der Mehrheitsgesellschaft werden sie als „Ausländer“ wahrgenommen. Gleichzeitig haben sie viele Werte und Kulturtechniken ihrer deutschen Heimat verinnerlicht, die gerade in ihrem Elternhaus auf wenig Verständnis stoßen. Während junge MigrantInnen versuchen, sich von oftmals traditionellen Vorgaben ihrer Familien zu lösen und ihren Weg in die deutsche Leistungsgesellschaft zu finden, werden junge MigrantInnen oft als „Feindbilder“ konstruiert:

Die starke Präsenz von männlichen Migrant*innen im öffentlichen Raum wird von deutschstämmigen Anwohner*innen, aber auch von den Medien als Bedrohung der Sicherheit und Ausdruck krimineller Energie gewertet. Viele der jungen Männer, angesichts ihrer als chancenlos empfundenen Situation auf dem Arbeitsmarkt, nehmen dieses Bild an und inszenieren sich selbst als „Ghettojungs“.

Angesichts dieser schwierigen Situation der jungen Migrant*innen ist es erstaunlich, wie viele gerade auch selbstinitiierte Aktivitäten von Migrant*innen es gibt. Dabei scheint gerade das eigene und weitgehend selbstständige Engagement in eigenen Räumen für die Jugendlichen attraktiv zu sein. Hier ist demnach weniger eine „Aktivierung“ gefragt, als vielmehr die (finanzielle) Unterstützung und (professionelle) Begleitung der bereits vorhandenen Ansätze.

Dass Jugendliche sehr wohl eigene Vorstellungen von der Gestaltung ihres Quartiers und auch ihres Lebensweges haben, zeigt z.B. das Projekt „**Ideencasting**“ in Berlin-Mitte. Hier kommen in regelmäßigen Abständen Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren zu einem Jugendforum zusammen, um ihre Ideen und Wünsche vorzustellen und zu diskutieren. Die Ideen stehen dabei in einem Wettbewerb um die meisten Mitstreiter*innen. Die populärsten Ideen werden auf einer Homepage veröffentlicht und erhalten Unterstützung bei der Umsetzung. Voraussetzung ist, dass die Jugendlichen selbst aktiv werden. Das Ideencasting wird von ehrenamtlich tätigen Jugendlichen, den sog. „Orgas“, begleitet. Diese können hier Erfahrungen in der Moderation und Organisation von Veranstaltungen sammeln. Zum Zeitpunkt der Untersuchung hatten fünf der insgesamt acht Organisator*innen einen Migrationshintergrund. Ihre Erfahrungen mit dem Ideencasting beschreibt eine Organisatorin folgendermaßen:

„Großes Engagement und gute Beteiligung der Jugendlichen war zu bemerken. Ich hatte das Gefühl, dass die Jugendlichen den Sinn, der hinter dieser ganzen Sache steckt, verstehen. Die Teamarbeit der Organisatoren war sehr gut. Ich persönlich konnte viele Erfahrungen als Moderatorin und Mentorin in der Jugendarbeit sammeln.“ (www.mitte4youth.de)

Die junge Frau bemerkt weiterhin, dass insbesondere deutsche Jugendliche noch stärker einbezogen werden müssen. Anscheinend trifft diese Form des Engagements ganz besonders auf das Interesse von Migrant*innen. Innerhalb des Ideencastings gibt es auch Vernetzungen mit anderen selbstgetragenen Jugendprojekten. Als zentral für eine erfolgreiche Fortführung ist die rasche und konkrete Umsetzung der Ideen der Jugendlichen zu sehen:

„Schön wäre es auch, wenn man die Projekte realisierbarer machen könnte. Nach der Besprechungs- und Planungsphase müsste unmittelbar eine Handlung erfolgen.“ (ebd.)

Da wo Jugendliche das Gefühl haben, ernstgenommen zu werden und Gehör für ihre Interessen zu finden, gibt es anscheinend wenig Probleme, sie zur Teilnahme oder zum aktiven Engagement in Projekten zu gewinnen.

In den 16 Experteninterviews kamen allein vier Projekte zur Sprache, die in **Selbstorganisation von Migrant*innen** aufgebaut wurden. Das lässt darauf schließen, dass gerade unter jugendlichen Migrant*innen ein großes Aktivierungspotential vorhanden ist. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass andere Partizipationsangebote für Migrant*innen von Jugendlichen kaum wahrgenommen werden. Hier herrscht eindeutig das Interesse vor, mit Gleichaltrigen gemeinsam aktiv zu sein und für die eigenen Interessen zu arbeiten. Die Themen Freizeitgestaltung, Sport und Bildung stehen bei den Jugendli-

chen hoch im Kurs. In dieser Hinsicht ist zunächst kein Unterschied festzustellen zwischen deutschstämmigen und Migrant*innen Jugendlichen, was die These betrifft, dass Jugendliche im Vergleich zu älteren Engagierten hohe Erwartungen an ein freiwilliges Engagement haben und dass Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung und Spaß an der Tätigkeit für sie keine konkurrierenden Wertvorstellungen darstellen, sondern sie materialistische und hedonistische Lebensziele mit Einsatzbereitschaft zu einem Motivbündel verbinden (vgl. Shell-Jugendstudie 2002; www.shell.com). Festzustellen ist auf jeden Fall, dass für Jugendliche noch mehr als für Erwachsene das Vorfinden eigener Entscheidungsspielräume sowie die Anerkennung ihrer Tätigkeit zentral sind (vgl. auch Picot 2000: 150). Zu dieser Anerkennung zählt zum Einen, dass sie von Erwachsenen als gleichberechtigte Gesprächspartner gesehen werden, deren Anliegen und Einschätzungen ernst genommen werden. Zum anderen schließt dies aber auch materielle Anerkennung nicht aus. Gerade für die hier vorgefundenen Initiativen von unten ist es unerlässlich, dass sie auch finanzielle Förderung erhalten, um ihre Arbeit auf Dauer anlegen zu können. Zwar gibt es von Seiten der Politik immer wieder Einwände, dass Ehrenamt sich eben gerade durch die Unentgeltlichkeit auszeichnet. Allerdings erreicht man auf diese Weise nicht die Potentiale derer, die sich engagieren möchten, aktuell ohne Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz sind und deren Qualifikationen sich nicht in formalen Bildungsabschlüssen, sondern in der Kenntnis einer bestimmten Szene und der Lebensrealität ihrer Klientel ausdrücken. Die eigene Erfahrung, als junge*r Migrant*in in Deutschland zu leben und ggf. verschiedenen sozialen Problemen ausgesetzt zu sein, verleiht den Engagierten ein Wissen, das nicht an einer Fachhochschule für Sozialpädagogik zu erwerben ist und ihnen gegenüber den anderen Jugendlichen das für sie allerwichtigste verleiht: Respekt. Dies ist kein Plädoyer dafür, sämtliche jugendlichen Ehrenamtlichen für ihre Tätigkeit zu entlohnen. Vielmehr könnte über Fortbildungen, die oft sehr teuer sind, und über gezielte Zuschüsse für Sachmittel, aber auch Mietkosten, die Arbeit dieser Jugendlichen gezielt unterstützt werden. Im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe kann auch ein symbolisches Honorar dazu führen, die Glaubwürdigkeit der Engagierten gegenüber ihrem Klientel, aber auch gegenüber den professionellen Kooperationspartnern zu erhöhen und ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Nicht zuletzt kann das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen ihr Einstieg in eine professionelle Karriere, sprich in den Arbeitsmarkt sein.

Ein positives Beispiel ist ein von jungen türkischen Männern gegründeter **Verein**, der sich auf verschiedenste Weise um Migrant*innen Kinder und –jugendliche kümmert. Die Gründer des Vereins sind selbst in einem benachteiligten Quartier aufgewachsen und haben mitangesehen, wie sich viele ihrer Altersgenossen für eine mehr oder weniger kriminelle Karriere „entschieden“ :

„Der Ursprung hängt natürlich auch damit zusammen, dass man bestimmte Probleme als Migrant hier auch hat, mit denen man ständig und das ganze Leben lang leben muss. Und ich hatte das Gefühl für mich persönlich, dass das Lebenskonzept von den Jugendlichen, die wie ich hier auch aufwachsen, schon im Vorfeld bestimmt ist. Also mehr oder weniger das Ende ist immer dasselbe. Weil hier herrscht wirklich eine sehr große Perspektivlosigkeit. [...] Wir hatten zwar auch bestimmte Probleme, aber wir haben noch so die Kurve geschafft, dieses Drogenfreie, dieses Kriminalitätsfreie, man versucht sich produktiv an der Gesellschaft zu beteiligen.“

Mittlerweile hat der Verein zehn Mitglieder, darunter sind auch viele Deutschstämmige. Die beiden Initiatoren haben keine formale sozialpädagogische Ausbildung, vielmehr profitieren sie von ihrer „street credibility“, von ihrer Authentizität gegenüber den Migrant*innen Jugendlichen. Mit ihrem Angebot wollen sie die Jugendlichen erreichen, die selbst von professionellen Streetworkern und Einrichtungen wie der Treberhilfe nicht

erreicht werden können. Hier sehen sie ihre Arbeit nicht als Gegenkonzept, sondern als komplementäre Ergänzung zu bestehenden Institutionen, mit denen sie kooperieren. So begleiten sie Jugendliche zur Drogenberatung oder unterstützen sie bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche. Sie arbeiten viel im Bereich der Konfliktmediation und Gewaltprävention. Hier treten sie nicht mit dem pädagogischen Zeigefinger auf, sondern versuchen aus dem Weltbild der (meist männlichen) Jugendlichen heraus zu argumentieren, dass auch das Nicht-Reagieren auf eine gewollte oder unabsichtliche Provokation ein Zeichen von „Coolness“ sein kann. Ein Mitglied des Vereinsvorstandes ist Kampfsporttrainer, und so nimmt die sport- und körperbetonte Arbeit, auch über Breakdance und HipHop-Kurse, einen großen Stellenwert ein. Die Tanzkurse richten sich auch an Mädchen; hier gibt es eine weibliche Trainerin. In den Kursen lernen die Jugendlichen Selbstkontrolle, aber auch Selbstbehauptung, und vor allem haben sie die Möglichkeit, Erfolgserlebnisse zu sammeln und ihre Talente zu entdecken. Graffiti- und Rap-Text-Workshops runden das Angebot ab, das vollkommen unentgeltlich geleistet wird. Allerdings ist der Vereinsvorstand mit der Unterstützung des örtlichen QMs sehr professionell darin geworden, Projektzuschüsse z.B. über das LOS-Programm zu akquirieren.

In Kooperation mit örtlichen Grundschulen werden auch SchülerInnen, die unter ADS (Aufmerksamkeits-Defizits-Syndrom) und/oder Hyperaktivität leiden, in Krisenphasen kurzfristig zur Unterrichtszeit betreut und durch Wahrnehmungs- und Konzentrationsübungen stabilisiert. Auch mit den Präventionsbeamten der Polizei und mit dem örtlichen Jugendzentrum gibt es Kooperationen. Dies zeigt, wie viel Vertrauen der Verein auch bei den „Professionellen“ genießt. Ein weiteres Projekt war eine Art Beschäftigungsmaßnahme für arbeitslose Jugendliche, die sich in Kooperation mit der Stadtreinigung um die Beseitigung von Müll und (unerwünschtem) Graffiti gekümmert haben. Die Arbeit half ihnen, wieder eine Struktur in ihren Tagesablauf zu bekommen, und brachte ihnen auch die Anerkennung ihrer Altersgenossen. Für die Zukunft ist ein Projekt geplant, in dem Jugendliche ältere Menschen (vor allem MigrantInnen) bei der Alltagsorganisation unterstützen sollen, z.B. beim Einkaufen, aber auch beim Schriftverkehr mit Behörden.

Dieses Projekt lebt zwar vom Engagement der Vereinsmitglieder, wird aber auf lange Sicht nur überleben können, wenn es auch Unterstützung von außen erhält:

„Und ganz wichtig, wir sind nun ja ein junger Verein, dass wir diese logistische Unterstützung von außen auch brauchen, weil unsere Arbeit liegt ja auf der Hand, also wir sind so was wie Streetworker und Koordinator und Management alles auf einmal. Aber wenn es um Infrastruktur, Büroarbeiten, Anträge geht, dann stehen wir schon vor Hürden. Da bräuchten wir Unterstützung selbst von der Bundesagentur, ob man jetzt eine Kooperation aufbaut mit 1-Euro-Jobbern oder ehrenamtlichen Mitarbeitern. Wir haben alles von nichts gemacht. Entweder haben wir Sachen geschenkt bekommen oder sie von unserem eigenen Geld bezahlt. So langsam denkt man, man müsste auch ein bisschen professioneller werden, damit man auch professioneller arbeiten kann.“

2.5 Querschnittsthema: Personal mit Migrationshintergrund

Ein zentraler Punkt, der immer wieder genannt wird, ist die Notwendigkeit, vermehrt MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund einzustellen. Das gilt für die QM-Teams ebenso wie für Nachbarschaftszentren, Beratungsstellen, Kitas, Schulen und Träger der Jugendarbeit.

Dabei ist ein Begründungszusammenhang die Sprache. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass zwar das Erlernen der deutschen Sprache als Anspruch an die MigrantInnen aufrechterhalten und sogar stärker forciert werden soll, dass man aber gleichzeitig

auf die realen Verhältnisse Rücksicht nehmen muss, wenn man die MigrantInnen ernsthaft erreichen will. Da mangelnde Sprachkenntnisse unter MigrantInnen eine Realität sind, muss in den Angeboten darauf eingegangen werden;

„Ich kann kein Angebot einrichten, das ausgesprochen sinnvoll ist, wenn ich nicht auch durch Dolmetscher ein sprachliches Entgegenkommen signalisiere. Ich kann nicht grundsätzlich sagen: 'Hier wird nur Deutsch gesprochen', wenn die Leute es noch immer nicht können. Ich kann das schon formulieren und das muss man auch: Perspektivisch müssten alle die deutsche Sprache lernen.“

Zum Übersetzen von Einladungen und Plakaten, zum Dolmetschen bei Veranstaltungen und zur Organisation von türkisch-, russisch- oder arabischsprachigen Angeboten ist es unerlässlich, zweisprachiges Personal einzustellen.

Zum Zweiten ist jedoch gerade der Tatbestand des „Migrationshintergrundes“ ein wichtiger Vertrauensfaktor und ein Symbol der Erwünschtheit nach außen. Selbst wenn der/die migrantische AnsprechpartnerIn eine andere kulturelle oder ethnische Identität hat als sein Gegenüber, wenn beide also nicht dieselbe Muttersprache sprechen und somit auf Deutsch kommunizieren müssen, fühlen sich MigrantInnen bei anderen MigrantInnen besser aufgehoben:

„Die Hemmschwelle, solche Fragen mir als Migrant zu stellen, ist wesentlich niedriger. Bei einem Deutschen konnten die diese Fragen nicht wagen, vielleicht dachten sie, sie blamieren sich. Auch z.B. Araber oder Griechen, die keine Sprachprobleme haben, kommen zu mir (als Türken).“

„Das ist immer wichtig, jemanden der selbst MigrantIn ist, das muss nicht unbedingt das gleiche Herkunftsland sein, aber jemand der selbst in dieser Situation ist, das sind Signale die wir damit aussenden, und die werden auch sehr gut registriert.“

Dieses Phänomen wird von fast allen Befragten beschrieben und bezieht sich hauptsächlich auf Beratungsangebote und die Arbeit der QM-Teams.

Gerade in der Arbeit der Schulen und Kitas gewinnt die Einstellung von MigrantInnen einen immer höheren Stellenwert, um auf die Bedürfnisse der Eltern und SchülerInnen mit Migrationshintergrund, deren Anteil an der Schülerschaft oft 80% überschreitet, eingehen zu können:

„Ich wünsche mir an einigen Stellen eine qualifiziertere Unterstützung. Qualifizierter durch das Personal was wir hier haben, Lehrpersonal, Erzieherpersonal, Sozialarbeiter, Dolmetscher. Alles was eigentlich in diesem Kiez gebraucht wird. Es müsste eigentlich ein ständiger Dolmetscher da sein an dieser Schule, und nicht eine Vermischung von Sozialarbeiter und Dolmetscher. An der Stelle ist es gut, dass die Sozialarbeiterin Türkisch kann. Aber wenn sie nicht Türkisch könnte, hätte ich jetzt hier keinen, der übersetzt. Die Schule braucht so was.“

Aus der Aussage dieser Schulleiterin geht auch hervor, dass es vor allem auch um zusätzliches Personal geht. Nicht nur ist die Einstellung von migrantischen LehrerInnen und ErzieherInnen notwendig, sondern es müssen an den Schulen und Kitas, aber auch in anderen Institutionen, wo MigrantInnen stärker eingebunden werden sollen, extra Honorarkräfte eingestellt werden, die z.B. dem erhöhten Arbeitsbedarf (persönliche Ansprache, telefonische Einladungen, Übersetzung von Einladungen und Infomaterial, Begleitung zu Behörden etc.) gerecht werden können.

Dies kann alleine durch Ehrenamt nicht geleistet werden, vor allem, da die Kontinuität der AnsprechpartnerInnen und das persönliche Vertrauen eine große Rolle spielen. Gleichzeitig bietet es sich an, bereits engagierte und gut ausgebildete MigrantInnen mit

Multiplikatorenfunktion aus dem Umfeld der Ehrenamtlichen einzustellen. So schafft man eine Verbindung zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen, kommt den Bedürfnissen der MigrantInnen entgegen und wertet auch die Tätigkeit der aktiven MigrantInnen auf. Es ist eine Tatsache, dass die Qualifikation einer Person auch daran gemessen wird, ob sie bezahlt wird. Viele Engagierte berichten, dass sie selbst mit kleinen Aufwandsentschädigungen mehr Autorität in den Augen ihrer Klienten besaßen. Nicht zuletzt können hier neue Beschäftigungsmöglichkeiten für MigrantInnen entstehen, und gerade die Einstellung von Menschen aus dem Quartier ist hier realisierbar. Auch über die Entwicklung neuer und auf die Qualifikation und Bedürfnisse von MigrantInnen zugeschnittenen Berufsbilder wie IntegrationslotsInnen, Stadtteilmütter (und –väter) oder Schul- bzw. ElternhelferInnen und SprachmultiplikatorInnen sollte ernsthaft nachgedacht werden.

3. Partizipation ausgewählter Zielgruppen

3.1 Der Islam – Mauer oder Brücke für die Partizipation von MigrantInnen?

In Deutschland lebten am 31.12.1999 2,8 Millionen Ausländer aus islamischen Ländern (BT-Drucksache 14/4530, 2000: 6), was ca. einem Drittel an der ausländischen Bevölkerung insgesamt entspricht. Hinzu kommen noch die eingebürgerten MigrantInnen mit islamischem Hintergrund, die in den Statistiken nicht gesondert erfasst werden. Dieses Bild spiegelt sich auch in Berlin wider. Diese Menschen kommen aus islamisch geprägten Ländern, was bedeutet, dass der Islam einen Einfluss auf ihre Sozialisation hatte und hat. Dies betrifft nicht nur die Religiosität und Fragen des Glaubens, sondern vor allem auch die Kultur. Deswegen kann man davon ausgehen, dass der Islam auch für nicht-religiöse Muslime eine starke Kulturbindung darstellt (BIM 2005: 60).

Das Zentrum des religiösen, aber auch sozialen Lebens der Berliner Muslime ist die Moschee. Aufgrund der historischen Entwicklung, in der die ehemaligen Industriearbeiter- viertel zu den späteren Gastarbeiter- und heutigen Einwanderungsquartieren geworden sind, konzentrieren sich die Moscheen Berlins in den innerstädtischen Quartieren, die oft als Problemgebiete gelten (Neukölln, Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, Moabit, Wedding; Jonker 1999: 108). Das bedeutet, dass sich die muslimischen Gemeinden verstärkt in Gebieten der Sozialen Stadt befinden und insofern für die Arbeit in den Quartieren vor Ort in vielen Fällen eine relevante Größe darstellen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Auswirkungen der muslimischen Religion und Kultur im Alltag auf der einen und der Organisation und Arbeit der Moscheevereine vor Ort auf der anderen Seite.

3.1.1 Der Islam als Alltagsproblem im Stadtteil

Der aktuelle gesellschaftliche Diskurs über den Islam und seine Integration in die deutsche Gesellschaft wird größtenteils als Problem- bzw. Defizitdiskurs geführt. In den Quartieren der Sozialen Stadt mit einem hohen Anteil muslimischer Bevölkerung treten verschiedene Konfliktfelder besonders deutlich zu Tage: Das sind im Bereich der Schule Fragen der Koedukation von Mädchen und Jungen in Bezug auf Sport- und Schwimmunterricht, der Teilnahme am Sexualkundeunterricht, Ausflügen oder Klassenfahrten. Weiterhin gibt es Konflikte im Bereich der Toleranz gegenüber religiösen Haltungen wie dem Tragen von Kopftüchern, dem (Nicht-)Verzehr von Schweinefleisch oder der Teilnahme am Fastenmonat Ramadan.

Neben diesen praktischen Konflikten gibt es auch weniger greifbare Differenzen z.B. in Fragen der Kindererziehung oder der Geschlechterrollen. Einige der Befragten beklagen die Arroganz von muslimischen Jugendlichen im Umgangston; „Nichtgläubige“ würden nicht respektiert. Es sei dahin gestellt, ob dieses Gebahren islamspezifisch oder doch eher altersbedingt ist und in anderem Kontext nicht auf den Islam, sondern auf die Demonstration anderer Unterschiede gemünzt sein könnte; was bleibt sind auf jeden Fall Konfliktpotenzial und gegenseitiges Misstrauen.

Auch die im Vergleich zu anderen Stadtteilen wesentlich stärkere Präsenz der islamischen Tradition im öffentlichen Raum, z.B. verschleierte Frauen, einschlägige Geschäfte und seit einigen Jahren auch Moschee Neubauten, führen bei der ansässigen deutschstämmigen Bevölkerung zu Irritationen und Unsicherheiten und rufen oft auch Ablehnung hervor (vgl. Arslan/Jessen 2005: 16). Hierbei kommt erschwerend hinzu, dass es sich bei den Deutschstämmigen in den Quartieren der Sozialen Stadt größtenteils ebenfalls um bildungsferne Schichten handelt, für die die Konfrontation mit und die Integration von anderen Kulturen eine besondere Herausforderung und Belastung darstellt.

Nicht zuletzt geht es hier auch um soziale Abstiegsängste und Konkurrenzen um soziale Ressourcen, vor allem auch um Arbeitsplätze (Häußermann/Kapphan 2004: 203).

Nichtsdestotrotz ist der Umgang mit der islamischen Kultur in vielen Quartieren Berlins mittlerweile eine alltägliche Aufgabe geworden, für die verschiedene Lösungsmöglichkeiten gefunden wurden. Einige Befragte vertreten die Auffassung, dass es eine Öffnung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Islam geben muss. Eine Schulleiterin meint:

„Ich muss akzeptieren, dass die islamische Kultur andere Ansätze hat als die westliche, der christliche Glauben. Wer das nicht weiß und sich darauf nicht einstellt, der kann hier nicht arbeiten.“

In den meisten Fällen haben sich die sozio-kulturellen Institutionen vor Ort mit dem islamischen Glauben gut arrangiert. Nicht bei allen Fragen ist diese „Einstellung auf die islamische Kultur“ besonders schwierig oder rüttelt an den Werten der westlichen Demokratie. Manchmal sind es kleine pragmatische Lösungen, mit denen auf Muslime zugegangen und ihre Religion in den Alltag integriert werden kann:

„Heute ist gerade das Zuckerfest, insgesamt sind das drei Tage zu Beendigung des Ramadan. Es ist durchaus möglich, dass morgen ein Teil der Schüler nicht da sein wird, weil sie das einfach feiern wollen. Da werden wir nicht dastehen und mit einer Anzeige wegen Schulversäumnis drohen. Das bringt es nicht. Das würde dem Vertrauen widersprechen. Die Schüler wissen, dass sie eigentlich heute ihren Feiertag haben und morgen zur Schule kommen. Ich vertraue darauf, dass das jetzt nicht missbraucht wird.“

Der Ansatz der hier zu erkennen ist besteht darin, die Realität der islamischen Feiertage, wie sie für die vielen muslimischen SchülerInnen existiert, nicht zu ignorieren, auch wenn diese bislang keine Entsprechung in offiziellen Feiertagsregelungen gefunden haben. Hier geht es weniger um theologische Diskurse oder die Auseinandersetzung zwischen Religion auf der einen und Staat auf der anderen Seite, als vielmehr um eine praktikable Alltagsorganisation der Menschen und Respekt vor ihren Bedürfnissen:

„Was wir auch in der Jugendarbeit merken, jetzt ist gerade Ramadan und die fasten, das ist eine Zeit, wo man keine größeren Aktionen machen sollte, weil einfach das Leben ziemlich runtergefahren wird, die sind müde tagsüber usw. Ich mache ein Projekt mit jungen Menschen, [...] und da fasten die meisten im Moment, und unsere Besprechung ist Montag um 18.08, da wird „Iftar“ gemacht, d.h. da geht die Sonne unter und dann essen wir zusammen und dann besprechen wir unsere Sachen. D.h. einfach, dass man sich ein bisschen drauf einstellt und das auch in seine Kultur mit einbaut. D.h., man muss eben auch sich selbst öffnen, und das ist auch eine Bereicherung finde ich. Und dann merkt man auch in den Diskussionen, das ist alles so viel Menschliches, also warum da so viele Vorurteile entstehen...?“

Wo es intensive Kontakte zwischen islamischen und anderen Institutionen gibt, können bestehende Unsicherheiten und Konflikte in der Regel schnell abgebaut werden. Wesentlich wichtiger als von einzelnen AkademikerInnen geführte „interreligiöse Dialoge“, die meist an der Lebensrealität der Menschen vorbeigehen, sind daher kleine Arbeitsgruppen auf lokaler Ebene zu bestimmten Themen, wo sich die VertreterInnen des islamischen Glaubens mit VertreterInnen von Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zunächst im geschützten Rahmen („hinter verschlossenen Türen“) offen austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln können. Die Moscheevereine sind dabei auf der Seite der Muslime die Institution, über die der Dialog geführt werden kann. Das bedeutet jedoch nicht, dass Moscheevereine einen alleinigen Interessenvertretungsanspruch für alle

Muslime geltend machen können bzw. dass dieses von allen Muslimen gewünscht wird. Dennoch sind sie aus pragmatischen Erwägungen die ersten Ansprechpartner, wenn es um Kontakte zur islamischen Community geht.

3.1.2 Moscheevereine als Kooperationspartner?

In der Frage, ob und in welcher Form Moscheevereine in die Arbeit z.B. der Quartiersmanagements vor Ort eingebunden werden sollen oder können, aber auch in der Frage der weiteren Einbindung von islamischen Organisationen in die Verbandsstrukturen der deutschen Gesellschaft, herrschen sehr unterschiedliche Auffassungen vor. Aus der Literatur und den Interviews ergibt sich, dass die Einbindung der muslimischen Gemeinde(n) auf der einen Seite zwingend notwendig, auf der anderen Seite hochproblematisch ist. Hier herrschen in den verschiedenen Gebieten ganz verschiedene Strategien vor, die auch auf die jeweils individuellen Gebietskonstellationen eingehen müssen. Die Arbeit vor Ort bewegt sich dabei ständig im Spannungsfeld zwischen der Einbeziehung der muslimischen Bewohnerschaft und/oder ihrer Organisationen sowie der Berücksichtigung ihrer religiösen und kulturellen Eigenarten und dem Bedürfnis nach Abgrenzung gegenüber bestimmten Praktiken und Vorstellungen, die z.B. mit Ideen von Demokratie und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern unvereinbar sind.

Bedauerlicherweise hat sich durch die auf beiden Seiten sehr emotional geführte Diskussion eine gewisse Unbeweglichkeit und Ideologisierung der Debatte entwickelt. Statt pragmatischer Lösungen werden oft philosophische Grundsätze thematisiert. Im folgenden soll versucht werden, anhand der Aussagen der ExpertInnen vor Ort auf Möglichkeiten der Einbindung von Moscheevereinen zu schließen.

Warum Moscheevereine?

Eine repräsentative Studie zum ehrenamtlichen Engagement von TürkInnen in der Bundesrepublik kommt zu dem Ergebnis, dass der religiöse Bereich mit 29% den größten Anteil unter den Engagementformen einnimmt (Zentrum für Türkeistudien 2004: 71). Allein deshalb sollte diese Form des Engagements und die mögliche Nutzbarmachung für die Quartiersarbeit näher betrachtet werden. Diese Form des Engagements wird überwiegend von Männern mittleren bis höheren Alters mit einem niedrigen Bildungsgrad wahrgenommen.

Nicht überall wird die Kooperation mit Moscheevereinen für wünschenswert gehalten, wie die Aussage einer Schulleiterin andeutet:

„Wir haben allerdings die Moscheen hier weniger im Haus, und da können wir auch gut drauf verzichten. Ich habe auch die katholische Kirche nicht im Haus, ich hab die jüdische Gemeinde nicht im Haus, und ich hab auch die evangelische Kirche nicht im Haus. Wir haben einen staatlichen Bildungsauftrag.“

In dieser Aussage kommt besonders das Motiv zum Ausdruck, sich von den Inhalten der islamischen Religion abzugrenzen und die Schule als weltanschaulich neutralen Ort zu bewahren. Übersehen wird dabei allerdings, dass es sich bei den Moscheen nicht nur um religiöse, sondern in zunehmendem Maße auch um soziale und kulturelle Institutionen handelt. Die islamische Religion stellt nach den beiden christlichen Kirchen mittlerweile die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in Deutschland dar, und ähnlich wie die großen Träger der Evangelischen Kirche (Diakonie) und Katholischen Kirche (Caritas) bieten ihre Gemeinden neben der spirituellen Orientierung auch soziale Beratung und Betreuung, Kommunikation, Bildung und Freizeitgestaltung an (vgl. Aktion Courage 2005). Viele machen Jugendarbeit und kümmern sich dabei auch um Straffällige und Drogengefährdete. Auch bei der Betreuung alleinstehender RenterInnen leisten sie einen wichtigen Beitrag; dies umso mehr, da die Altenarbeit mit MigrantInnen erst langsam Eingang in das Profil der freien und staatlichen Träger findet (Behrendt 1998: 45).

Die Motivation, über dieses soziale Engagement auch potentielle Gläubige einzubinden, ist sicherlich vorhanden. Es gibt aber keine Anhaltspunkte, dass dies in Moscheevereinen einen größeren Stellenwert einnimmt als bei christlichen Gemeinden auch.

In einem Forschungsbericht zu „Ausländervereinen“ wird konstatiert:

„Auch muslimische Einrichtungen haben also einen deutlich multifunktionalen Charakter, und es wäre verfehlt, ihre für manche Migrantengruppen recht große Attraktivität allein mit starken religiösen Identifikationen in Zusammenhang zu bringen.“ (Fijalkowski/Gillmeister 1997: 233)

Im Unterschied zu den Landeskirchen erhalten sie jedoch keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Staat bzw. haben keine Möglichkeit, eine Kirchensteuer einzuziehen. Sie finanzieren sich ausschließlich über Spenden ihrer Mitglieder. Gleichzeitig besteht oft wenig Transparenz über die verschiedenen Aktivitäten.

Ein Forschungsprojekt von Aktion Courage kommt daher zu dem Schluss:

„An dem Dialog mit islamischen Verbänden und Vereinen [...] führt nach einhelliger Einschätzung der Experten kein Weg vorbei [...]. Aufgrund ihrer Rolle als Multiplikatoren und Träger religiöser und sozialer Dienstleistungen, ihrer kulturellen Kompetenz und ihrer Vertrauensbasis bei einem großen Teil der muslimischen Mitbürger können sie einen wichtigen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung und zur Integration der Muslime leisten, wenn entsprechende Kooperationsformen hierfür geschaffen werden.“ (Aktion Courage 2005)

Viele QM-Gebiete haben bereits erkannt, dass eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Moscheen nötig ist, um an ein bestimmtes Klientel heranzukommen. Die Moscheevereine haben Kontaktpersonen, die wichtig sind, um auch „einfache“ Mitglieder der Gemeinde zu erreichen. Sei es, dass eine Person aus dem Vorstand des Moscheevereins andere ermuntert, an Informations- und Beteiligungsveranstaltungen wie z.B. Stadtteilforen teilzunehmen, sei es dass ein Imam in der Freitagspredigt für Probleme wie häusliche Gewalt sensibilisiert oder dass die Frauen einer Gemeinde sich aktiv an einem Straßenfest beteiligen, indem sie ein Büfett zubereiten.

In einem untersuchten QM-Gebiet, wo ca. 40% der Erwachsenen und 60% der Kinder Muslime sind (Fischer 2005), gehört der Kontakt und die Einbindung der sieben Moscheen bzw. Koranschulen fest zur Arbeitsweise des QMs. Diese werden nicht in erster Linie als religiöse Institutionen, sondern vor allem als Anlaufstelle für einen nicht unerheblichen Teil der Bewohnerschaft gesehen. Hier können Interessierte und Aktive für Stadtteilaktivitäten und Gremienarbeit gewonnen werden. Auf der anderen Seite kann so der Wunsch der Moscheen nach mehr Öffentlichkeit und Kontakten im Quartier erfüllt werden (vgl. Riesling-Schärfe 2005: 21).

Auch anderen Quartieren wird an einer Verbesserung des Austauschs und der Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden gearbeitet. Hier hat man sich für eine gebietsübergreifende Kooperation entschlossen, da viele Moscheen ihre Besucher über die Quartiersgrenzen hinweg anziehen.

„Wir haben hier im direkten Umfeld eine arabische Moschee, die sehr nach außen gewandt ist und sehr wichtige Arbeit macht, und da ist es überhaupt kein Thema, dass wir mit dem Leiter der Moschee oder mittlerweile auch mit anderen eng zusammenarbeiten. Das ist alles eine Frage, wie man den Kontakt herstellt und eine Zusammenarbeit sich entwickelt. Da ist viel passiert über das QM, die sich sehr stark um den interreligiösen Dialog bemüht haben, die haben auch ein Konsenspapier erarbeitet.“

„Wir wollen einen Prozess in Gang setzen, dass man auch ins Gespräch kommt, die gemeinsame Verantwortung für die heranwachsende Generation diskutieren.“

Bei der Einbindung in ständige Gremien wie Präventionsräte, Quartiersräte oder Stadtteilplena können Moscheevereine oft das nötige Personal aufbieten, das genügend kommunikative Kompetenzen besitzt, um in diesem Gremien aktiv mitarbeiten zu können.

„Mit dem Moscheeverein ist es so, beim Quartiersfonds z.B. gab es zwei Vertreter dieser Moschee. Dann gibt es einen Vater der sehr aktiv ist in der Moschee, der aber auch zu diesen Elterntreffen kommt und auch zu dieser Bewohnerversammlung, das war der einzige der es auch gewohnt war, sich in Gruppen zu äußern und sich zu melden etc.“

Die Moscheevereine haben mittlerweile auch die Möglichkeit der finanziellen Förderung z.B. über den Quartiersfonds für sich entdeckt. Nicht immer verlaufen diese Prozesse jedoch konfliktfrei: Aus einem Gebiet ist ein Fall bekannt geworden, in dem die Förderung eines Moscheeneubaus beantragt wurde. Dieser Antrag wurde von der damaligen Bürgerjury abgelehnt, was zu Spannungen zwischen den Vertretern der betroffenen Gemeinde und dem Rest der Jury führte. In einem anderen Gebiet bat der örtliche Moscheeverein um Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit bzw. um Vermittlung bei bestehenden Bedenken der Anwohnerschaft für ihren Neubau. In diesem Fall fühlte sich das QM-Büro instrumentalisiert, weil der Versuch der Vermittlung zwischen Moschee und Wohnbevölkerung als „Unterstützung des QMs für das Bauvorhaben“ gewertet wurde. Erkennbar wird hierbei, dass der erste Schritt in Richtung Beteiligung der Moscheen mancherorts schon getan ist, dass das Verständnis der Moscheen für die übergeordneten Belange des Quartiers jedoch noch nicht überall besonders ausgeprägt ist und sich die Beteiligung somit teilweise auf einen reinen Lobbyismus beschränkt bzw. ausschließlich zur Durchsetzung der eigenen Interessen benutzt wird. Es stand nie zur Debatte, rein religiös motivierte Projekte zu fördern. Aber auch im Bereich der sozialen und Bildungsarbeit ist in den zwei Jahren des Quartiersfonds nur ein einziger Antrag einer Moschee bewilligt worden, in dem „Erwachsenenbildung zum System der Bundesrepublik“ gefördert wurde (siehe www.quartiersmanagement-berlin.de). Von Kirchengemeinden getragene Projekte wurden dagegen öfters gefördert.

Auch auf der Ebene der Kooperation und des Austausches zwischen Moscheen und anderen Institutionen gibt es Spannungen. So berichtet eine Schulleiterin, dass sie den Besuch in der Moschee mit den Kindern als unangenehm empfand, da jedes Kind einen Koran geschenkt bekam und die missionarische Absicht somit im Vordergrund der Begegnung zu stehen schien.

Viele QuartiersmanagerInnen äußern sich skeptisch, was die Zusammenarbeit mit Moscheen betrifft. Zum einen gibt es Ängste, dass einige Moscheevereine sich nicht auf dem Boden der Verfassung bewegen, und es im Falle z.B. einer finanziellen Unterstützung durch das QM zu einer Rufschädigung des Quartiersbüros kommen könnte. Abgesehen davon besteht selbstredend kein Interesse, fundamentalistische Bestrebungen zu unterstützen. Einige Quartiersmanager sagten aus, in ihrem Gebiet eine Erstarkung von fundamentalistischen Bestrebungen erkennen zu können. In Anbetracht der Tatsache, dass fundamentalistisch orientierte muslimische Gemeinden nicht die Mehrheit der bestehenden Gemeinden ausmachen, muss dieses Argument noch ein Grund mehr sein, diejenigen Moscheevereine zu unterstützen, die sehr wohl ihren Beitrag zu einem friedlichen und demokratischen Miteinander leisten können und wollen. Im Einzelfall wird immer geprüft werden müssen, ob eine bestimmte Gemeinde für eine positive Stadtteilentwicklung zu gewinnen ist oder nicht. Bisher ist die konsequente Einbindung und die

Nutzung der Ressourcen von Moscheevereinen oft daran gescheitert, dass sie eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung gesehen werden. Man darf dabei nicht vergessen, dass diese ablehnende Haltung den Mitgliedern der muslimischen Community, auch wenn sie sich nicht in einer Moschee engagieren, nicht verborgen bleibt und bei ihnen ein Gefühl des Nichtakzeptiertwerdens verursacht, welches für die Ziele der Aktivierung nicht eben förderlich ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass gerade die gegenseitigen Vorurteile, das Misstrauen und die Intransparenz ein Grund dafür sein sollten, Moscheen aktiv in die Quartiersentwicklung einzubinden. Vielerorts geschieht dies bereits. Da die „Glaubenslandschaft“ der verschiedenen muslimischen Gemeinden jedoch sehr heterogen und für Außenstehende oft undurchsichtig ist, wünschen sich viele der Befragten mehr Kompetenz in ihren eigenen Reihen, also MitarbeiterInnen, die sich mit dem Islam auskennen. Auch Fortbildungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz wären sinnvoll, nicht nur für QM-MitarbeiterInnen, sondern für alle sozialen MultiplikatorInnen in Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Vereinen und auch für die Verwaltung. Die Anerkennung der Integrationsleistung von Moscheevereinen für das Quartier ist die Voraussetzung für einen vertrauensvollen Dialog auf Augenhöhe, der Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung einer Gemeinde oder ihrer Positionierung zu kontroversen Themen mit einschließt (vgl. Fischer 2005).

3.2 AussiedlerInnen⁶

3.2.1. Privilegierter Status?

AussiedlerInnen besitzen, im Gegensatz zu anderen Migrantengruppen, den Status der deutschen Volkszugehörigkeit. Sie erhalten bei ihrer Einreise in die Bundesrepublik einen deutschen Pass, sind somit in vollem Umfang wahlberechtigt und haben Anspruch auf sozialstaatliche Leistungen und spezielle Integrationshilfen, u.a. Sprachkurse. Sie gelten daher unter Deutschlands Einwanderergruppen als privilegiert (vgl. Treibel 1999: 32).

Bei den Integrationshilfen hat es jedoch seit 1993 (vor dem Hintergrund der Zuzugsbegrenzung) starke Einschnitte gegeben. So wurde z.B. die Sprachförderung von zwölf auf sechs Monate verringert. Die Rentenansprüche wurden gekürzt, und anstatt Arbeitslosengeld erhalten AussiedlerInnen ein pauschales Eingliederungsgeld (Münz/Seiffert/Ulrich 1999: 134). Dasselbe gilt für den Bereich der Jugendhilfe, der über das sog. Eingliederungsprogramm bzw. den Garantiefonds Unterstützung bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen und kulturellen Integration der 12-27jährigen AussiedlerInnen gewährt (Mies-van Engelshoven 2001: 21).

Trotz dieser Kürzungen erhalten AussiedlerInnen immer noch wesentlich mehr staatliche Integrationshilfen als andere Einwanderergruppen. Dennoch scheinen besonders die SpätaussiedlerInnen mit ähnlichen Integrationsproblemen zu kämpfen wie andere Migrantengruppen. Der vordergründige Bonus der deutschen Volkszugehörigkeit (und damit der vollen Staatsbürgerschaft) erweist sich bei näherem Hinsehen sogar als Integrationshemmnis, wie zu zeigen sein wird.

⁶ Manche AutorInnen unterscheiden zwischen AussiedlerInnen, die seit Gründung der Bundesrepublik bis zum Fall des Eisernen Vorhangs nach Deutschland kamen und vor allem aus Polen und Rumänien stammen, und SpätaussiedlerInnen, die seit den neunziger Jahren kommen und größtenteils aus der ehemaligen Sowjetunion einreisen. Seit 1993 sind sie die einzigen, deren Einwanderung noch auf der pauschalen Anerkennung von sog. Kriegsfolgenschicksalen passiert. Ihr Anteil beträgt mittlerweile über 98%. Dieses Kapitel bezieht sich hauptsächlich auf die Partizipation von SpätaussiedlerInnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Der Einfachheit halber und weil sie auch im gängigen Sprachgebrauch so genannt werden, ist im folgenden von AussiedlerInnen die Rede.

Es ist aus integrationspolitischer Sicht eher problematisch, dass AussiedlerInnen aufgrund ihres rechtlichen Status als Deutsche meist nicht gesondert statistisch erfasst werden, so dass es schwer ist, ihre soziale Integration bzw. Mobilität zu untersuchen. Trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit kommen sie „kulturell, mental und sozial in eine echte Einwanderungssituation“ (Bade/Oltmer 1999: 7). Die realen Probleme bei der Integration wurden durch den rechtlichen Status der AussiedlerInnen als Deutsche lange verschleiert:

„Die Einwanderungssituation wurde auf beiden Seiten zugleich mental erschwert durch die Unterschätzung ihrer Problematik im Aufnahmeland im Glauben an die vermittelnde Kraft ethno-nationaler Bindewirkungen.“ (ebd.)

3.2.2 Partizipationshemmnisse – endogene Faktoren⁷

Ein großes Integrationsdefizit und somit Partizipationshemmnis sind die oftmals mangelhaften deutschen **Sprachkenntnisse** der AussiedlerInnen. Das politische Regime der Sowjetunion verbot die Ausübung der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auch im privaten Bereich. Im Laufe der Jahre verkümmerte die deutsche Sprache regelrecht. Die vom sowjetischen Regime auferlegte Russifizierung der AussiedlerInnen und vor allem die Tendenz, Mischehen einzugehen, trieb die Assimilation der Nachfahren der deutschen Einwanderer stark voran. Im Zuge der Familienzusammenführung kommen auch vermehrt russische Staatsbürger in die Bundesrepublik Deutschland (Münz/Seiffert/Ulrich 1999:136), die meist keine deutschen Sprachkenntnisse besitzen. Neben der Sprache fehlt es an Kenntnissen über die Strukturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft und der Organisation des Alltagslebens.

Die Sozialisation der AussiedlerInnen im politischen System der Sowjetunion oder anderer sozialistischer Staaten hat Auswirkungen auf ihr Partizipationsverhalten in der Bundesrepublik. Geprägt von einem zentralistischen Staat, sind sie für die Auseinandersetzung in einem auf Pluralität, Individualisierung, konkurrenzorientiertem Leistungsdenken und demokratischen Entscheidungsprozessen beruhenden Gesellschaftssystem denkbar schlecht gerüstet (Dietz 1995: 141). Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement sind ihnen oft fremd. Stattdessen haben sie oft im Rückzugsort ihrer Familien Werte konserviert, die sie für deutsche Tugenden halten, wie Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein, Gehorsam und Fleiß. Auch die Religion spielt eine große Rolle (ebd.).

Hinzu kommt die Rolle einer ethnischen Minderheit, die sie in den totalitären sozialistischen Regimen inne hatten. Durch langjährige Diskriminierungserfahrungen haben sie gelernt, sich anzupassen und möglichst wenig aufzufallen. Statt politischer Opposition und Eintritt für ihre Rechte als Minderheit waren der Rückzug in das Privatleben und besonders die Konzentration auf die Familienstrukturen an der Tagesordnung (ebd.).

Die Teilnahme an Bewohnergremien und ehrenamtliches Engagement sind somit größtenteils schwierig zu vermitteln. Gerade für diejenigen, die erst vor kurzem nach Deutschland immigriert sind, ist die zentrale Aufgabe die Bewältigung des Alltags und die formale Eingliederung in die deutsche Gesellschaft, die oft all ihre Ressourcen in Anspruch nimmt:

„Am Anfang haben die ja auch andere Probleme. Alles ist neu, man muss sich eine neue Wohnung einrichten, man muss sich um einen Job kümmern, die Sprache lernen, man muss den ganzen Papierkram erledigen. Die Krankenversicherung, die

⁷ „Endogen“ bezeichnet die Faktoren, die sich an den AussiedlerInnen selbst manifestieren. D.h. nicht, dass diese ihre Ursachen nicht auch in der Gesellschaft haben können. Man muss real von einer Wechselwirkung der endogenen und exogenen Faktoren ausgehen. Zur Illustration ist es jedoch sinnvoll, diese grobe Unterscheidung vorzunehmen.

Rentenversicherung muss gemacht werden. Die Kinder müssen eine Schule finden. So nach drei, vier Jahren können sie dann die Gremien besuchen, weil sie die Sprache gelernt haben. Und dann kommt es darauf an, ob die Leute einen Job gefunden haben.“

Auf der anderen Seite bringen viele AussiedlerInnen hohe berufliche Qualifikationen mit und sind sehr bildungsorientiert. Auch der Willen zur Integration und zum Erlernen der deutschen Sprache ist deutlich erkennbar. So gab es z.B. in einem Quartier eine von Aussiedlereltern organisierte Samstagsschule, in denen Nachhilfe und musikalische Erziehung für die Kinder angeboten wurden.

3.2.3 Partizipationshemmnisse – exogene Faktoren

Aber nicht nur die individuellen Voraussetzungen, die die AussiedlerInnen mitbringen, sondern auch verschiedene strukturelle Bedingungen erschweren eine aktive gesellschaftliche Partizipation.

Durch die kommunal gelenkte Wohnungsversorgung bildeten sich Agglomerationen von AussiedlerInnen, oft in randstädtischen Gebieten des sozialen Wohnungsbaus. Die starke räumliche Konzentration führt zu sozialen Spannungen zwischen AussiedlerInnen und Alteingesessenen. Auch hier treffen die MigrantInnen auf eine einheimische Bevölkerung, die sich überproportional von sozialen Abstiegsängsten, begründet in der Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze, bedroht sieht (Mies-van Engelshoven 2001: 22). Die AussiedlerInnen werden aufgrund ihrer starken Präsenz als fremde Gruppe wahrgenommen und stoßen vielfach auf offene Ablehnung (vgl. Quartiersagentur Marzahn-Nordwest; Dietz 1995: 168 f.).

Diese Ablehnung begegnet ihnen sowohl durch ihre Nachbarn in ihrem Wohnquartier, als auch durch Behörden und die Medien.

Ein weiteres großes Problem ist die Abwertung ihrer oft hohen beruflichen Qualifikationen, die die AussiedlerInnen in Deutschland erfahren. Unter den AussiedlerInnen gibt es eine relativ hohe Anzahl von AkademikerInnen, deren formale Bildungs- und Berufsabschlüsse in Deutschland jedoch nicht anerkannt werden. Das hat auf der einen Seite eine hohe Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite einen sozialen Abstieg innerhalb des Arbeitsmarktes zur Folge, der negative psychosoziale Auswirkungen mit sich bringt (vgl. Greif et al. 2003). Nicht zuletzt liegen hier auch wertvolle gesellschaftliche Ressourcen brach. Die AussiedlerInnen bringen von Hause aus meist einen starken Arbeitsethos mit, und die Integration in den Arbeitsmarkt ist für sie das oberste Ziel. Umso schmerzhafter ist für sie die Erfahrung der hohen Arbeitslosigkeit, gepaart mit der negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die sie entweder als unerwünschte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sieht oder als EmpfängerInnen staatlicher Unterstützung als „Sozialschmarotzer“ brandmarkt.

3.2.4 Ethnische Identität als Ressource für gesellschaftliche Partizipation

Das Selbstverständnis der AussiedlerInnen, oft auch als Russlanddeutsche bezeichnet, ist das einer deutschen Minderheit. Mit dem Umzug nach Deutschland erhoffen sich viele das Ankommen in ihrer eigentlichen Heimat. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Aufgrund ihrer Sprache und ihrer Kultur werden sie von den alteingesessenen Deutschen nicht als ihresgleichen angesehen, sondern als Ausländer wahrgenommen („Russen“). Oft kommt es zu Diskriminierungen und Rassismus im Alltag. Die AussiedlerInnen sind stark verunsichert und ziehen sich in sich selbst zurück. Sie befinden sich in einem Paradox: Sie kommen mit dem festen Wunsch, sich als „richtige Deutsche“ zu beweisen und in das hiesige Gesellschaftssystem einzugliedern. Dieses verweigert ihnen jedoch in vielen Bereichen die Anerkennung und erschwert so die Integration. Um jedoch als gesellschaftli-

che Gruppe, als „pressure group“ handlungsfähig zu sein, was die Voraussetzung für die Verbesserung ihrer Situation wäre, müssten sie sich als solche konstituieren. Als „Aussiedler“ in die Öffentlichkeit zu treten steht jedoch ihrem Bestreben nach Eingliederung entgegen. Sie möchten nicht als solche erkennbar sein (vgl. Dietz 1995: 155). So sind AussiedlerInnen im allgemeinen viel weniger stark organisiert als z.B. türkische MigrantInnen.

Soziales Kapital – Warum sind Netzwerke so wichtig?

Verschiedene empirische Forschungen haben darauf hingewiesen, dass die Organisation und Vernetzung einer Gruppe zentrale Voraussetzung ist, um handlungs- und artikulationsfähig zu sein. Ausschlaggebend für die politische und gesellschaftliche Partizipation ist das soziale Kapital der Migrantengruppe. Nach Bourdieus Definition ist „*das Sozialkapital [...] die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; [...] es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.*“ (Bourdieu 1983: 190 f.)

Innerhalb dieser Gruppen werden Werte und Fertigkeiten vermittelt, die nicht nur die Gruppe an sich stärken, sondern auch die Integration in das weitere Gemeinwesen fördern:

„Social capital here refers to features of social organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions.“ (Putnam 1993: 167).

Nach innen gibt es eine soziale Stabilisierung, nach außen werden Interessenartikulation und Interessenaggregation gefördert. Die Bildung von Gruppen trägt also nicht zur gesellschaftlichen Spaltung, sondern im Gegenteil zur Integration bei (Putnam 1993: 89 f.). Die Organisation anhand ethnischer Identifikation ist dabei nicht zwingend notwendig, aber oft die naheliegendste und effektivste Form der Organisation für MigrantInnen, besonders, wenn der Zugang zu den Institutionen und Vereinigungen der Mehrheitsgesellschaft (noch) nicht gegeben ist. Für die Bildung einer ethnischen Vereinigung wiederum ist die gemeinsame Identität Voraussetzung; gemeinsame Werte oder Interessen müssen dagegen nicht gegeben sein (Fennema/Tillie 2001: 47).

Forschungen über unterschiedliche ethnische Organisationen und Vereine zeigen auch unterschiedliche Verhaltenmuster bei den Einwanderern. Oft geht ein hohes ethnisches Bewusstsein mit einer starken Selbstorganisation und Partizipation der Einwanderergruppe einher. Vergleicht man beispielsweise die SpätaussiedlerInnen mit den TürkInnen, so fällt auf, dass die SpätaussiedlerInnen im Gegensatz zu den TürkInnen nicht viel ethnisches Bewusstsein zeigen. Die türkische Gemeinschaft zeigt sich auch selbstbewusster als die SpätaussiedlerInnen. Die Unterschiede im ethnischen Bewusstsein und dem damit einhergehenden Selbstvertrauen können Unterschiede in den ethnischen Organisationen erklären (vgl. Fennema/Tillie 2001: 52).

Um die Belange einer Gruppe erfassen und berücksichtigen zu können, muss es einen Adressaten geben, der stellvertretend für die gesamte Gruppe erreichbar ist. Ethnische Vereinigungen sind ein solcher Adressat. Wo sie fehlen, wird die Mobilisierung dieser Gruppe zum Dilemma, wie es ein Quartiersmanager beschreibt:

„Die Spätaussiedler sind schwer zu erreichen. Die kann man auch gar nicht ohne weiteres erfassen. Sie sind ja Deutsche. Und es ist auch schwer, soll man ein Plakat machen »Hallo Aussiedler«? Das geht eigentlich nur über Kontakte. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Teil auch als Deutsche akzeptiert werden will. Hier

haben wir eine Gruppe, die überhaupt nicht in sich organisiert ist oder nur wenig. Und da ist es wieder schwer, die als solche zu erkennen und da auch Multiplikatoren und Interessenvertreter auszumachen.“

3.2.5 Strategien für eine verbesserte Partizipation von AussiedlerInnen

Während die türkischstämmigen MigrantInnen in Deutschland einen sehr hohen Organisationsgrad aufweisen, trifft das Gegenteil für die SpätaussiedlerInnen zu. In ihrem Wunsch, sich möglichst unauffällig in die deutsche Gesellschaft zu integrieren bzw. zu assimilieren, bilden sie nur selten Vereinigungen, die auch auf anderer als der Quartiers-ebene ihre Interessen vertreten. Ziel jeder Beteiligungs- und Aktivierungsstrategie muss es daher sein, zunächst die Gründung von Vereinen und anderen Organisationen der Selbsthilfe und der Interessenartikulation zu fördern.

So wurde z.B. in einem QM-Gebiet mit hohem Aussiedleranteil ein Forum initiiert, das allen AussiedlerInnen (aber auch anderen Interessierten) offen steht und zunächst dazu dienen soll, in offenen Anhörungen die Probleme und Anliegen dieser Gruppe im Quartier herauszufinden, um sich dann in einem nächsten Schritt gemeinsam über Lösungsansätze Gedanken zu machen und Handlungsstrategien zu entwickeln. Dabei ist dieses Forum auch über das Quartier hinaus vor allem mit der Bezirkspolitik vernetzt. Als Katalysator für diese Aktivitäten fungierte zunächst ein QM-Mitarbeiter, der selbst als Aussiedler nach Deutschland kam. Vor allem die Sprache und der persönliche Kontakt zu den Menschen im Quartier, an den Orten an denen sie sich aufhalten, war hier die richtige Aktivierungsstrategie:

„Meine Überzeugung ist, dass du die Leute dort abholen musst, wo sie sind und nicht warten, dass sie zu uns kommen. Ich bin durch die Straßen gegangen und habe die Leute angesprochen und sie eingeladen, zum Forum zu kommen. Oder ich bin in die russischen Geschäfte gegangen und habe die Leute dort angesprochen. Ich denke auch, dass es eine kluge Entscheidung war, Personen wie mich einzustellen, die denselben Migrationshintergrund haben, weil das Vertrauen dann gleich da ist.“

Mittlerweile trägt sich dieses Forum selbst über einen eigenen Verein und ist Träger verschiedener Angebote für AussiedlerInnen, wie Integrationsberatung und Sprachkurse, aber auch von Kulturprojekten, die den Austausch zwischen AussiedlerInnen und alleingesessener Bewohnerschaft fördern sollen. So konnte neben einer Interessenvertretung auch die Bündelung von Selbsthilfe- und Engagementpotenzialen gelingen.

Da die AussiedlerInnen sehr integrationswillig sind, aber Defizite vor allem in der deutschen Sprache und Kenntnissen des bundesdeutschen Gesellschaftssystems haben, besteht ihr größtes Interesse darin, Zugang zu Sprachkursen und Beratung und Unterstützung in der Alltagsorganisation, besonders auch im Umgang mit Behörden, zu erhalten. Bei Sprachkursen gibt es keine Probleme, die Leute zur Teilnahme zu motivieren. Vielmehr ist das Problem, die richtigen Angebote zu stellen. Die gesetzlich vorgegebenen 600 Unterrichtsstunden Sprachausbildung sind unzureichend, da sie zu standardisiert sind und auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Lernenden (Bildungshintergrund, vorhandene Deutschkenntnisse), nicht genügend eingehen. Auch sind die Kurse zu wenig anwendungsorientiert, so die Kritik verschiedener ExpertInnen. Wichtig ist, dass die LehrerInnen russisch und deutsch sprechen und bestenfalls selbst einen Migrationshintergrund besitzen. Dies gilt insbesondere für Erwachsene bzw. ältere AussiedlerInnen.

Ein erfolgreiches Projekt, dass die Bereitstellung von Beratungsangeboten mit der Aktivierung der MigrantInnen verbindet ist aus dem erwähnten Forum entstanden. Hier beraten bereits längere Zeit in Deutschland lebende AussiedlerInnen die Neuankömmlinge

in Fragen der Alltagsorganisation. Durch die gemeinsame Sprache und ähnliche Erfahrungen in der Migrationsbiographie ist sowohl das Gespräch auf gleicher Augenhöhe als auch ein Grundvertrauen von Anfang an gegeben. Wichtig ist hierbei auch, dass AusiedlerInnen selbst ehrenamtlich tätig werden.

3.3 Geschlechtsspezifische Muster und Bedürfnisse bei der Partizipation

3.3.1 Frauen im Stadtteil

In der feministischen Stadtplanung wird gemeinhin davon ausgegangen, dass Frauen einen anderen Raumbezug haben als Männer. So seien sie oft allein oder zum großen Teil für die hausnahe Reproduktionsarbeit zuständig, was eine lange tägliche Aufenthaltsdauer im Stadtteil mit sich bringe, die von der im Vergleich zu Männern noch geringeren Motorisierung noch verstärkt werde, so dass Frauen oft eher kurze Wege zurücklegten und daher auf die Infrastruktur, aber auch die sozialen Netze im Quartier stärker angewiesen seien und diese intensiver nutzten als Männer (vgl. Becher/Luksch 2001: 194 f.).

Zweifellos hat sich dieses Verhältnis mittlerweile stärker ausdifferenziert mit der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen (und der zunehmenden Erwerbslosigkeit von Männern aus un- und angelernten industriellen Berufen); für Migrantinnen aus traditionellen Milieus, in denen eine starke geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vorherrscht, kann diese Situation in der Mehrheit jedoch noch als gegeben angesehen werden (vgl. auch Meyer/Schuleri-Hartje 2002). Mehr noch, die oftmals starken Familienbeziehungen, die größtenteils mit einer räumlichen Nähe einhergehen, machen die spezifische Qualität des Wohnquartiers für die Lebenswelt der Migrantinnen aus. Das Wohnquartier stellt somit auf der einen Seite für Migrantinnen in besonderem Maße eine Belastung und Behinderung dar, wenn es sich um ein benachteiligtes Gebiet handelt; hierzu gehört eine mangelhafte Bausubstanz, vor allem aber eine mangelhafte Infrastrukturausstattung im sozialen und kulturellen Bereich, speziell was Angebote für Kinder resp. Familien betrifft. Angebote für Kinderbetreuung sind essentiell für die Lebensgestaltung der Frauen, die in der Regel die Verantwortung für die Kindererziehung übernehmen. Nicht vergessen werden darf auch, dass innerhalb der armen Quartiere (migrantische) Frauen, wenn sie erwerbstätig sind, überproportional in prekärer Beschäftigung zu finden sind. Dies erschwert die Möglichkeit, ein überlebenssicherndes Einkommen zu erzielen, so dass viele Frauen auf das Einkommen ihres Partners angewiesen sind, was ihnen in Krisensituationen, wie z.B. häuslicher Gewalt, zum Verhängnis werden kann. Aber auch im Alter macht sich das niedrige Einkommen von Frauen bemerkbar. Man spricht von einer „Feminisierung der Armut“.

Auf der anderen Seite schöpfen Migrantinnen aus diesen Quartieren ihre Ressourcen. Für viele PlanerInnen gibt dieser Umstand Anlass zu der Vermutung, dass (migrantische) Frauen auch besonders an der Entwicklung ihres Wohnquartiers interessiert sind und ihre Einbindung in die Prozesse vor Ort sowohl notwendig als auch erfolgversprechend ist:

„[...] sie leben in der Regel intensiver im Stadtteil als Männer, sind sensibler für Defizite, nutzen Wohnung und Wohnumfeld stärker, auch im Hinblick auf Kinder, Einkauf, Treffpunkte, Aufenthaltsqualität von Anlagen und Plätzen. Frauen wollen im Stadtteil leben können, Männer wohnen.“ (Becher/Luksch 2001: 203.).

Aus diesem verstärkten Interesse von Frauen an der Entwicklung des eigenen Stadtteils leitet sich die Forderung ab, dass Frauen in Planungsprozessen angemessen repräsentiert sein müssen. Allerdings haben Frauen zum Teil andere Partizipationsmuster und –bedürfnisse als Männer: So geht man davon aus, dass Frauen eine direkte Ansprache

brauchen, die sich auf ein konkretes Problem bezieht, und dass Beteiligungsverfahren vor Ort organisiert werden müssen, um sie zeitlich, räumlich und organisatorisch in den Alltag der Frauen einpassen zu können (Becher/Luksch 2001: 204). Auch die Moderation/Beratung der Beteiligungsprozesse durch Fachfrauen wird befürwortet. Dies schließt nicht zuletzt eine separate Ansprache von Frauen und das Bereitstellen eigener Räumlichkeiten und Ressourcen mit ein (ebd.).

3.3.2 Geschlechtsspezifische Muster und Bedürfnisse bei der Partizipation

Die empirischen Ergebnisse aus den Befragungen bestätigen diese Analysen. Frauen sind zentrale Akteure im Quartier, und sie besitzen eine wertvolle Multiplikatorenfunktion: Über sie „sind oftmals die Familien als Ganze zu ‘erreichen’.“ (Meyer/Schuleri-Hartje 2002: 20)

Kindererziehung und alles was damit zusammenhängt ist in den oft noch sehr patriarchalischen Migrantenfamilien meistens Frauensache. Die Migrantinnen sind dadurch sehr stark an den häuslichen Bereich gebunden; es ist schwierig, sie zu Terminen einzuladen. Dies gilt nicht nur für die Migrantinnen mit islamischem Hintergrund, sondern auch für die Aussiedlerinnen (vgl. auch Dietz 1995: 159; Mies-van Engelshoven 2001: 24).

Die Strategie muss deshalb sein, Angebote für Frauen in den Vormittagsstunden zu machen, wenn die Kinder in der Schule oder Kita sind, bzw. eine parallele Kinderbetreuung anzubieten oder das Mitbringen von Kindern zu Veranstaltungen zu tolerieren. Weiterhin bietet es sich an, sich dorthin zu begeben, wo sich die Frauen im Alltag aufhalten. Kitas, Schulen und auch Spielplätze haben sich als die Orte erwiesen, an denen erfolgreich Kontakte zu Frauen geknüpft werden können. So hat ein QM ganz gezielt eine **aktivierende Befragung** für TürkInnen durchgeführt, wo auch eine informelle Frauengruppe interviewt wurde, die sich regelmäßig auf einem bestimmten Spielplatz traf. Die aktivierende Befragung verfolgte sowohl das Ziel, Kenntnis über die Wünsche und Bedürfnisse der BewohnerInnen zu erlangen, als auch potentielle KandidatInnen für die aktive Mitarbeit im Quartier zu rekrutieren. Um besonders die zahlreichen türkischen MigrantInnen zu erreichen, wurde die offen gestaltete Befragung auf Türkisch durchgeführt. Im Ergebnis dieser Befragung äußerten die Migrantinnen den Wunsch, dass „ihr“ Spielplatz angenehmere Sitzgelegenheiten bekommen solle. Die Baumaßnahmen wurden sehr zeitnah im Rahmen des Programms Soziale Stadt durchgeführt, wobei die Frauen aktiv mitgeholfen haben.

Aus der Mitte dieser informellen Frauengruppe entstand dann der Wunsch, einen eigenen Raum für sich zu schaffen, den die Frauen auch in Eigeninitiative umgesetzt haben:

„Die Frauen haben dann einfach im Nachbarschaftshaus gefragt, ob man einmal in der Woche am Abend das Café für die Frauen nutzen kann. Die wollten anfangs nur ein Café haben, als Protest gegen die Männer, weil die Männer sich in Cafés treffen, dort rauchen und Kaffee trinken und spielen. Das haben die dann auch ein halbes Jahr lang gehabt, und in der Zeit hat sich das zu einem Kommunikationszentrum entwickelt.“

Dieser **Frauentreff** war nicht nur Café, sondern wurde zunehmend als Forum für Informationsveranstaltungen genutzt, zu Themen, an denen die Frauen bereits in der Befragung Interesse bekundet hatten: Gesundheit, Ernährung, Rechtsberatung und auch Diskussionen über den Hintergrund religiöser Feiertage wie Weihnachten oder Ramadan. Nicht zuletzt gab es auch ein großes Interesse an politischer Bildung: Der Weltfrauentag wurde besprochen, und ein Besuch im Abgeordnetenhaus wurde organisiert. Für viele Frauen war das der erste Kontakt mit einer politischen Institution in Deutschland. Neben dem Bildungseffekt, so betont die befragte Expertin, war besonders das Gefühl

der Achtung und Aufwertung für die Frauen wichtig: In das Abgeordnetenhaus waren sie persönlich von einem Abgeordneten eingeladen worden, und die Sozialsenatorin besuchte die Frauen im Nachbarschaftstreff. Diese Aufmerksamkeit durch die Politik wird sehr positiv und bestärkend für das eigenen Engagement aufgenommen.

Das Konzept eines **Frauenfrühstücks** bzw. offenen Frauentreffs als niedrigschwelliges Angebot findet in vielen QM-Gebieten erfolgreiche Anwendung. Die Überlegung dahinter ist immer, den Frauen zunächst etwas Vertrautes zu bieten: Einen geselligen Anlass mit anderen (Migrantinnen-)Frauen, bei dem zunächst über informelle Gespräche Vertrauen aufgebaut wird, und sich auch untereinander Freundschaften und Netzwerke der gegenseitigen Hilfe entwickeln können. In diesem vertrauten Rahmen ist es dann möglich, über Erziehungsfragen und Gesundheit, aber auch über heikle Themen wie häusliche Gewalt oder Sucht zu reden. Diese niedrigschwelligeren Angebote sind unerlässlich, da die Migrantinnen z.T. aus Unwissenheit, z.T. aus Angst nur selten von sich aus Beratungsstellen aufsuchen bzw. professionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Das bedeutet aber nicht, dass Angebote für Migrantinnen auf gemeinsames Nähen und Kochen reduziert werden sollten. Mehrere Institutionen haben die Erfahrung gemacht, dass die Frauen auch starkes Interesse an einer Vielzahl anderer Themen bekundeten:

„Ich habe sie im ersten Treffen gefragt, was sie machen würden, was sie interessiert. Da kamen so vielfältige Ideen, über Geschichte, Politik, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Psychologie, Kultur, Theater, handwerkliche Sachen, Sport, Ausflüge, Museum. Das ist sehr schade, es gibt sehr viele Angebote an türkische oder arabische Frauen, die sich auf Kochen und Nähen beschränken. Es gibt sehr viele Frauen, die zum Beispiel sagen, sie möchten sich mit Nationalsozialismus beschäftigen. Vor der Wahl haben viele Frauen sich für die Parteien interessiert, wer wo steht und wen sie wählen sollen.“

Gerade bei Frauen mit konservativem islamischem Hintergrund muss dabei auf kulturelle Bedürfnisse geachtet werden. Dass es für Beratungen, ganz besonders, wenn sie ein sensibles Thema zum Inhalt haben, sinnvoll ist, **Frauen für Frauen und Männer für Männer** einzusetzen, ist auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft gängiges Prinzip. Für traditionell geprägte Migrantinnen aus islamischen Ländern ist es jedoch schon undenkbar, mit einem (fremden) Mann alleine in einem Raum zu sitzen. Positiv formuliert fällt es Frauen leichter, zu anderen Frauen Vertrauen zu fassen. Dies gilt umgekehrt auch für die Männer, wie die Leiterin eines Nachbarschaftszentrums berichtet:

„Man muss das einfach berücksichtigen, was es da noch an Geschlechtertrennung gibt. Männer gehen zu Männern, Frauen zu Frauen.“

Aus dieser „Not“ haben einige junge arabische Frauen und Mädchen eine Tugend gemacht: Weil ihnen ihre Eltern aus religiösen Gründen den Besuch von gemischtgeschlechtlichen Jugendzentren ebenso wie von Cafés etc. verbieten, forderten sie einen eigenen Raum für sich. Unterstützt wurde diese Eigeninitiative vom örtlichen Nachbarschaftszentrum, dass bei der Raumsuche und bei der Finanzierung eines „**Mädchenkulturtreffs**“ half.

Mittlerweile wird hier unter sozialpädagogischer Anleitung eine Vielzahl von Angeboten gestellt: Hausaufgabenhilfe, Berufsorientierung, PC- und Internettraining, aber auch eine intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragen wie Rassismus und Gleichberechtigung der Geschlechter. Auf großes Interesse stieß auch der Ansatz eines religiösen Mutter-Tochter-Dialogs. Dabei sprechen Mütter und Töchter über ihre (teils differierenden) religiösen und Wertvorstellungen, wobei die Sozialpädagoginnen als Vermittlerinnen fungieren. So werden die jungen Frauen und Mädchen dabei unterstützt, ihre eigene Position zu finden.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Bildung, die für die Mädchen zur Quelle ihrer Emanzipation wird: Um Bildungsangebote wahrzunehmen, dürfen sie das Haus verlassen. Auch verfolgen viele junge Migrantinnen sehr entschlossen das Ziel, eine gute Schulausbildung zu erlangen. Hierin werden sie von ihren Familien unterstützt:

„Mädchen dürfen außer Haus gehen für Bildung und Kultur. Das sind die Themen, das dürfen sie machen. Das ist die Schiene, auf der Mädchen in die Freiheit gehen dürfen.“

Die eigene religiöse bzw. kulturelle Identität ist gerade für Migrantinnen mit islamischem Hintergrund immer wieder ein Minenfeld. Bei dem Versuch, sich vor allem auch ökonomisch zu integrieren, stoßen besonders kopftuchtragende Frauen immer wieder auf Barrieren und Diskriminierung. Folgende Aussagen wurden in einem Gruppengespräch mit im Stadtteil engagierten türkischen Frauen gemacht:

„Es ist einfach schwieriger, mit Kopftuch Jobs zu bekommen.“

„Es ist in bestimmten Bereichen auch nicht möglich, wie in der Kita als Erzieherin, also in den städtischen Kitas.“

Die Frauen beklagten in diesem Zusammenhang, dass sie trotz professioneller Erzieherinnen-Ausbildung in Kitas nicht eingestellt würden, es sei denn als Küchenhilfe. Sie führen das auf eine Ablehnung ihres Kopftuch-Tragens zurück, obwohl es für Kitas (anders als für Schulen) keine rechtlichen Restriktionen hierfür gibt.

„Es gibt ja jetzt Ganztagschulen und darin einen Hortbereich, darin könnten wir auch arbeiten. Meinen Sie da kommen wir rein? Es existiert nichts Schriftliches. Ich durfte zum Beispiel nicht hospitieren in einer staatlichen Kita damals.“

Zu den Schwierigkeiten im Berufsleben kommen Vorurteile im Alltag. Immer wieder sind staatliche Institutionen auch Orte der persönlichen Abwertung für die Migrantinnen:

„Das kann ich aus eigener Erfahrung berichten, das ist das Aussehen, [...], man muss sich wirklich Mühe geben aus der Schablone rauszukommen. Das Problem hatte ich mit dem Lehrer meines Sohnes. In einem Gespräch über seine Leistungen und sein Verhalten schob er eine Frage ein: ‘Werden bei euch in der Türkei Frauen nicht gesteinigt, die sich scheiden lassen?’ Ich habe gesagt, nein, ich wurde nicht gesteinigt, aber ich habe mich trotzdem scheiden lassen. Ich bin eine hochmoderne Frau. Manchmal will ich auch gar nicht auf solche blöden Fragen antworten. Langsam bin ich es leid, Rechenschaft abzulegen.“

Die **Kopftuchdebatte** soll an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Es scheint allerdings problematisch zu sein, dass das Tragen des Kopftuches in vielen Fällen dazu führt, dass die betroffenen Frauen als schlecht integriert, unmodern oder fundamentalistisch orientiert eingestuft werden (vgl. auch BIM 2005: 54). All dies mag in verschiedenen Fällen zutreffen, ist jedoch kein Kausalzwang. Die Vorstellung, das Kopftuch sei per se Ausdruck von Unterdrückung und Unterordnung der Frauen, ist z.B. durch Untersuchungen gerade junger muslimischer Frauen widerlegt worden. Oftmals vollzieht sich die Hinwendung zum Islam nicht auf Anordnung, sondern in Abgrenzung zur eigenen Familie. Gerade bildungsorientierte Frauen, die den Großteil ihrer Sozialisation in Deutschland erfahren haben, suchen nach eigenen Werten und Definitionen einer neuen Identität, die zwischen der alten und neuen Heimat liegt. Das Kopftuch dient zwar auch als Ausdruck der Abgrenzung von anderen, ist aber weniger *„Abgrenzung im Sinne von Negation [als vielmehr] das Projekt der Konstitution des Selbst. [...] Der Islam wird zur Herstellung einer gleichberechtigten Beziehung zur anderen, universalen Kultur als diskursfähige und vergleichbare hohe Kultur rekonstruiert.“* (Nökel 1999: 129)

3.3.3. Männer in den Migranten-Communities – die wahren Verlierer der Integration?

Bei den im Kapitel 2.1 beschriebenen Beteiligungsangeboten für Eltern werden in der Regel fast ausschließlich die Mütter erreicht. Eine Ausnahme bilden in manchen Quartieren die eher verbal orientierten Elternversammlungen. Aktive Väter gibt es wenige, bzw. sie engagieren sich selten im Bereich Kita oder Schule, da alles was mit den Kindern zusammenhängt als Frauendomäne gesehen wird. Dennoch gibt es vereinzelte Ansätze, auch Väter zu integrieren.

„Bei dem Elterntreff waren wirklich die Mehrheit Frauen die da hingekommen sind, es war nur ein Vater am Anfang, und durch gezielte Einladung der Väter sind die dann auch gekommen. Die wurden angerufen bzw. angeschrieben, das ging auch von dem einzigen Vater in der Gruppe aus. Später, bei der Organisation der Feste, haben sich diese Männer auch wirklich tatkräftig mit eingebracht.“

Aus etlichen Projekten wurde berichtet, dass es einzelne aktive Väter gibt, die eine aktivierende Wirkung für andere Väter haben können. Hier kommt es sehr darauf an, diese „Gallionsfiguren“ ausfindig zu machen und entsprechend zu unterstützen.

Oftmals sind Bildungsangebote speziell auf Frauen zugeschnitten, obwohl auch Männer Bedarf hätten:

„Was natürlich ein Manko ist bei vielen anderen Dingen, dass die Männer nicht so intensiv dabei sind, wir sind noch nicht so richtig an die rangekommen. Und die Überlegung ist, über einen Computerkurs langfristig eine Männergruppe aufzubauen, oder einen Männergesprächskreis. Wir sind auch deswegen darauf gekommen, es gab an Frauen gerichtet eine Interneteinführung im Stadtteil verbunden mit dem Thema Gesundheit. [...] Und ein Teil der Ehemänner hat gesagt, 'wenn du am Computer sitzt, warum krieg ich nicht so eine Einführung?' So ist das dann entstanden.“

Die Migranten aus den ehemaligen Gastarbeitermilieus befinden sich in einer besonders zwiespältigen Lage. Die Grundlage ihrer Existenz und ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft, nämlich die Erwerbsarbeit im industriellen Sektor, ist größtenteils erodiert. Für ihre (teils niedrigen oder fehlenden) Qualifikationen besteht in der neuen Dienstleistungsgesellschaft nur noch wenig Bedarf (vgl. Bremer/Gestring 2004: 269 ff.). Ihre Rolle als Familienernährer können viele nicht mehr erfüllen, stattdessen werden sie zu Beziehern staatlicher Transferleistungen. Dieser „Statusverlust der Väter“ führt oft auch zu einer Kompensation durch Gewalt in der Familie (Schagerl 2001: 29).

Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet dies, dass sie immer weniger Vorbilder finden, die Erwerbsarbeit als Lebensmodell verkörpern (vgl. Häußermann 2000: 20). Während Mädchen oft die Schule als Ort ihrer Freiheit und Emanzipation entdecken und die Gelegenheit wahrnehmen, sich auf ein kommendes Berufsleben vorzubereiten, ist sie für Jungen der Ort, an dem ihre Defizite schmerzhaft erkennbar werden. Sozialisiert in teilweise noch sehr patriarchalischen Familien glauben sie, dass ihre Position in der Gesellschaft über ihr Geschlecht abgesichert sei. Viele der Befragten berichten von „Mini-Machos“ schon im Kindergartenalter, die sich der Autorität der Erzieherinnen verweigern, und von völligen Fehleinschätzungen männlicher Jugendlicher, was ihre Kompetenzen und Leistungen angeht.

Diese Grundhaltung gepaart mit dem Eindruck, dass die Orientierung auf Bildung und Arbeitsmarkt aufgrund der schlechten Ein- und Aufstiegschancen für Migranten eine Fehlinvestition sei, führt zu einer regelrechten Verweigerungshaltung gegenüber diesen

Institutionen. „Cool sein“ und „Respekt“ bekommen sind die Werte, die den Alltag der Jugendlichen strukturieren:

„Vor allem für männliche Jugendliche kommt ‘Männlichkeit’ als Identitätsanker besonderes Gewicht zu, mit der versucht wird, sich Respekt zu verschaffen und gegenüber anderen Jugendlichen einen hohen Stellenwert von ‘Ehre’ sowie die brüchig gewordene Schutzfunktion zu verteidigen.“ (Schagerl 2001: 30)

Das Erlangen dieses Respekts über gewalttätiges Verhalten oder gar eine kriminelle Karriere, die nebenbei den Lebensunterhalt sichert bzw. die Orientierung an Mittelschicht-Konsummustern ermöglicht, sind die kontraproduktiven, aus Sicht der Jugendlichen jedoch rationalen Folgen.

Während es für Migrantinnen, die oftmals zusätzlich von Gewalt und repressiven patriarchalischen Strukturen betroffen sind (BIM 2005: 56), mittlerweile eine Vielzahl von (dringend notwendigen) Angeboten und Unterstützungsstrukturen gibt, bleiben die Probleme von Migranten teilweise noch unterbelichtet. Es gibt vereinzelt Ansätze in der Jungenarbeit, die dem kontraproduktiven patriarchalischen Männlichkeitsbild etwas entgegensetzen. Als vielversprechend deuten sich hier einzelne Erfahrungen an, die mit migrantischen Mitarbeitern in sozialen Projekten gemacht wurden. Diese können eine starke Vorbildfunktion übernehmen und sich zur Vertrauensperson für die Jugendlichen entwickeln. Auch bei Erwachsenen greift dieses Konzept: Wo ein aktiver Vater sich in der Kita engagiert, kann er auch andere Väter motivieren, sich einzubringen. Es gibt Überlegungen, die Arbeit der Stadtteilmütter bzw. IntegrationslotsInnen, die sich auf Kinder bis zum Ende der Grundschule beschränkt, auf Väter auszudehnen, die mit männlichen Jugendlichen arbeiten sollen. Eine weitere Strategie ist es, die Eltern unter Druck zu setzen, sich gleichermaßen zu beteiligen:

„Ich habe nächstes Jahr eine Veranstaltung geplant – Starke Eltern, starke Kinder. Die soll sich an Mütter und Väter richten. Frauen können sich nur anmelden, wenn sie ihre Männer auch mitbringen. Mal sehen ob die Väter dann gezwungenermaßen mitkommen oder ob die Veranstaltung dann flöten geht...“

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die damit einhergehenden Geschlechterbilder sind über Jahrhunderte gewachsen und sitzen tief. Diese Strukturen aufzubrechen ist ein langwieriger Prozess. Besonders wenn man jedoch bereits in der Kita-Erziehung beginnt und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern thematisiert, kann man den Grundstein für eine Entwicklung legen, die die berufliche und soziale Zukunft von Migrantinnen und Migranten positiv beeinflussen wird.

4. Die MigrantInnen kommen nicht? Die Fallstricke der „Bürgerbeteiligung“

Ein zentrales Element des Programms Soziale Stadt sind innovative Wege zur stärkeren Partizipation der AnwohnerInnen. Dazu gehören ganzheitliche und quartierbezogene Beteiligungsstrukturen, Vernetzung lokaler Organisationen und Initiativen und die Erschließung von Ressourcen auch und gerade der bislang nicht engagierten BürgerInnen (Franke 2002: 2). Der Erfolg des Programms muss sich daher unvermeidlich daran messen lassen, inwieweit es gelingt, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Der Bereich der Partizipation, also der aktiven Teilnahme an verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen (hier speziell im Wohnquartier, aber auch auf anderen zivilgesellschaftlichen Ebenen), sollte nach Franke differenziert werden in „Beteiligung“ und „Aktivierung“ (Franke 2002: 2 ff.). Während erstere den gesamten Komplex der formalen Beteiligungsprozesse beschreibt (z.B. Stadtteilplena, Runde Tische, Planungszellen; auch Modelle wie der Quartiersrat gehören dazu), meint die letztere eine weitaus unspezifischere Ansprache von BewohnerInnen zu verschiedensten Themen und Lebensbereichen. Das Konzept der Aktivierung steht weniger in der Tradition des Städtebaus als vielmehr in der Tradition der Gemeinwesenarbeit. Folglich stehen hier nicht einfach „BürgerInnen“, sondern ganz gezielt benachteiligte soziale Gruppen im Fokus der Aufmerksamkeit. Der Fokus auf benachteiligte Zielgruppen wiederum spiegelt sich in den offenen und niedrigschwelligen Methoden wider: Hierzu gehören u.a.. die aufsuchende (Sozial-)Arbeit, die Organisation offener Treffs für bestimmte Zielgruppen, Feste sowie die gezielte Qualifikation und Weiterbildung engagierter MultiplikatorInnen (z.B. Mediationsschulungen etc.; vgl. ebd.).

Die *„naive Praktizierung von geordneten Beteiligungsformen“* (Hinte 2001: 155) verläuft bezüglich der Integration von benachteiligten QuartiersbewohnerInnen (und hierzu zählen in den Gebieten der Sozialen Stadt überproportional MigrantInnen) meistens problematisch, da sie sich an bürgerlichen Mittelschichtsstandards orientiert. Die angebotenen Kommunikationsformen (professionell moderierte Bürgerversammlungen, Runde Tische, Ideenaufrufe etc.) grenzen gerade diejenigen aus, deren Beteiligung doch gewünscht ist, da diese sich nicht „angemessen“ artikulieren können und somit entweder nicht durchsetzungsfähig sind, oder den genannten Veranstaltungen von vornherein fernbleiben.

Vor allem diesem verkürzten Verständnis von Beteiligung ist es wahrscheinlich zu verdanken, dass in der Wahrnehmung der Politik, aber auch mancher QuartiersmanagerInnen, MigrantInnen als passiv und schwer in die Quartiersprozesse integrierbar erscheinen. Aber auch die Vorstellung der „Aktivierung“ von BürgerInnen ist problematisch, impliziert sie doch, dass diese sich in einem Zustand anhaltender Passivität befänden. Dem ist, auch mit Blick auf die Realität der Menschen in einem „benachteiligten“ Quartier, mitnichten so, wie Wolfgang Hinte etwas polemisch formuliert:

„Sie feiern Feste, sie regeln den Krach im Treppenhaus, sie zerstören Telefonzellen, waschen ihre Autos, schlagen nicht nur die Zeit, sondern sich gelegentlich auch untereinander tot oder organisieren den lokalen Drogenhandel und vertreiben asylsuchende Menschen.“ (Hinte 2001: 159)

Anders ausgedrückt: Die Menschen folgen zunächst ihren Interessen und grundsätzlichen Bedürfnissen. Nicht alle davon sind auch für das Gemeinwesen zuträglich, aber zumindest können viele für das Gemeinwesen nutzbar gemacht werden.

Diese Studie begann unter der impliziten Annahme, dass die Aktivierung und Beteiligung von MigrantInnen schwierig zu organisieren sei, dass die MigrantInnen vorhandene Angebote zur Beteiligung, aber auch zur gesellschaftlichen Teilhabe im weitesten

Sinne, nicht nutzen würden. Diese Vermutung konnte durch die Aussagen der befragten ExpertInnen entkräftet werden. Tatsächlich haben MigrantInnen ein großes Interesse an vielfältigen Themenkomplexen, sie fragen Beratungsangebote und Kurse nach, sie organisieren sich und arbeiten ehrenamtlich. Oft allerdings bedarf es spezifischer Ansprachemethoden oder Zugeständnisse an ihre kulturellen oder sozialen Besonderheiten und Bedürfnisse.

Wenn man sich vor Augen führt, welche sozialen Merkmale als für ehrenamtliches Engagement (und dazu zählt auch die Arbeit im Quartiersrat, im Elternverein etc.) begünstigend gelten (Erwerbstätigkeit, höherer Bildungsabschluss, höheres Einkommen; vgl. Rosenblatt 2000) und dann die Sozialstruktur in den „benachteiligten Gebieten“ und insbesondere unter den dort lebenden MigrantInnen damit vergleicht, und wenn man hierzu noch die migrantenspezifischen Probleme wie Sprachschwierigkeiten, ungesicherter Aufenthaltsstatus, fehlende Wahlberechtigung und kulturelle Barrieren hinzunimmt, dann muss man sehen, dass die MigrantInnen in den Gebieten der Sozialen Stadt die denkbar schlechtesten Ausgangsbedingungen für Beteiligung und Engagement aufweisen bzw. vorfinden. In Anbetracht dieser Tatsache kann es nur positiv überraschen, welche vielfältigen Aktivitäten von MigrantInnen dennoch stattfinden. Man kommt nicht umhin, hier von einem blinden Fleck im politischen Diskurs zu sprechen.

Hinzu kommt, dass die Quartiersebene für die gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen bestimmten Restriktionen unterworfen ist. Zwar ist sie zentraler Lern- und Sozialisationsraum für Kinder und Jugendliche, Ort der Verankerung von sozialen Netzen und vielfach der einzige Bewegungsraum. Die Entwicklung von Politik, Arbeitsmarkt und Wirtschaft werden jedoch nicht auf dieser Ebene entschieden. Gerade MigrantInnen aus benachteiligten Quartieren sind meistens von allen drei Bereichen ausgeschlossen. Soll ihre Teilhabe mehr als symbolischen Charakter besitzen, dann muss es für sie langfristige Zugangsmöglichkeiten zum ersten Arbeitsmarkt, zu (Aus-)Bildung und Karrierechancen sowie zur politischen Mitbestimmung geben. Paradoxerweise wird von den MigrantInnen „Bürgerbeteiligung“ gefordert, obwohl ihnen wichtige Elemente eines Bürgerstatus verwehrt bleiben (vgl. Krummacher 1998: 17 f.).

Gleichwohl bietet die Quartiersebene zumindest für die erwähnten niedrigschwelligen Ansätze eine sinnvolle Arbeitsebene. Überdies kommt dem freiwilligen Engagement für, mit und von MigrantInnen für den Integrationsprozess von Minderheiten und dem gleichberechtigten Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Soziale Kontakte und öffentliche Anerkennung, gegenseitige Unterstützung und Akzeptanz bilden bereits unterhalb der Ebene formaler Partizipation eine wesentliche Basis für gesellschaftliche Integration. Das heißt zugleich auch, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Leistung erfordert, an der sowohl MigrantInnen als auch die Aufnahmegesellschaft beteiligt sind. Um Ansatzpunkte für eine Förderung freiwilligen Engagements speziell von Migrantinnen und Migranten zu identifizieren, ist eine sorgfältige Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Engagementbereitschaft, der Engagementbereiche und des organisatorischen Rahmens nötig.

Ein großes Manko bei den Beteiligungs- und Aktivierungsansätzen besteht denn auch darin, dass sie fast ausschließlich individualistisch angelegt sind. D.h., es wird auf verschiedenen Ebenen versucht, einzelne MigrantInnen (allerdings möglichst in großer Zahl) für einzelne Projekte zu gewinnen. Dieser Ansatz ist nicht falsch; er muss jedoch dringend ergänzt werden um ein Bemühen der kontinuierlichen Einbindung von bereits vorhandenen Migrantenorganisationen und -initiativen. Es liegt in der Natur der Sache, dass engagierte Personen leichter innerhalb dieser Netzwerke gefunden werden können. Dies ist keinesfalls ein Manko; vielmehr kann der Kontakt zu Migrantenorganisationen den Zugang zu vielen MultiplikatorInnen eröffnen, und es ist wahrscheinlich, dass diese Personen auch in mehreren Netzwerken aktiv sind (also z.B. in der Elternvertretung *und* im

Interessenverbund der Gewerbetreibenden), denn soziales Kapital verhält sich grundsätzlich akkumulativ (Putnam 1993: 167 ff.). Dieses Phänomen ist keineswegs migrantenspezifisch, sondern betrifft die deutschstämmige Bewohnerschaft genauso, wie auch viele der Befragten äußern.

Oft wird dabei eingewandt, dass die einzelne Migrantenorganisationen nicht für ihre gesamte ethnische Community sprechen könnten. Das ist zwar richtig, soll aber auch gar nicht der Anspruch sein. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, die einzelne türkische Mutter im Quartiersbeirat vertrete die Belange aller Türkinnen im Quartier.

Es scheint vielmehr eine gewisse Scheu zu geben, (eigenethnische) Migrantenorganisationen einzubinden und sie vor allem mit Ressourcen auszustatten. Hier wird oft unterstellt, es handele sich um die Bildung von „Parallelgesellschaften“. Dabei ist die integrative Funktion von Migrantenorganisationen bereits mehrfach belegt worden (vgl. Fenema/Tillie 2001; Fijalkowski/Gillmeister 1997; Enquêtekommision 2002)

Die Beteiligung von „MigrantInnen“ muss die verschiedenen **Lebensrealitäten** der Betroffenen berücksichtigen. Dabei ist weniger die ethnische Identität von Bedeutung als vielmehr der soziale und Bildungshintergrund. Auch die Interessen von Männern und Frauen, Eltern, Jugendlichen und Älteren sowie ihre jeweiligen Möglichkeiten, sich einzubringen, müssen differenziert betrachtet werden. Anzustreben wäre ein Modell des **„Partizipations-Mainstreaming“**, das stufenförmig die verschiedenen Ebenen der Beteiligung miteinbezieht, angefangen bei der passiven Nutzung bestehender Angebote wie Beratung und Bildung über das sporadische Engagement in zeitlich begrenzten Projekten bis hin zum regelmäßigen und ggf. selbstinitiierten Engagement in Vereinen, Projektgruppen, Beiräten und anderen Institutionen.

Nicht jedeR MigrantIn wird für alle Formen der Partizipation erreichbar sein, und angesichts der prekären sozialen Lage vieler MigrantInnen stellt sich die Frage, warum man ausgerechnet von den Benachteiligten und Marginalisierten das größte Engagement erwartet.

Das Modell der verschiedenen Partizipationsebenen sollte dann auch angewandt werden auf die Ebenen jenseits des Quartiers und auch die Bezirks- und Landesebene mit einbeziehen. Die verbesserte Partizipation von MigrantInnen ist nämlich nicht nur eine Aufgabe für die benachteiligten Quartiere Berlins. Gerade MigrantInnen, die ihren Weg in die soziale Mitte der Gesellschaft gefunden haben und somit auch ein hohes Beteiligungspotenzial besitzen, sind oft in landesweiten Organisationen und Verbänden engagiert. Hier sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die Beteiligung vor Ort, wo es möglich und sinnvoll erscheint, an die übergeordneten Institutionen der MigrantInnen anzubinden und somit auch die **migrantische Mittelschicht** für das Engagement in den QM-Gebieten Berlins zu gewinnen. Denkbar wären z.B. Patenschaften oder Mentoring-Programme für engagierte MigrantInnen vor Ort.

Gesellschaftliche Teilhabe sichern – hierfür ist die Ebene des Stadtteils nur eine von vielen. Wenn das Angebot der gesellschaftlichen Teilhabe ernst gemeint ist, dann muss sich die Mehrheitsgesellschaft auch für die Belange der MigrantInnen öffnen und muss ihnen Wege in die politische Mitbestimmung, in den Arbeitsmarkt und in die soziale Mobilität ebnen. Es muss eine Verzahnung der verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten geben, so dass sich MigrantInnen auf allen Ebenen je nach ihrem Willen und ihren Möglichkeiten einbringen können. Gleichzeitig muss es mehr Mitsprachemöglichkeiten auf der politischen Ebene geben. Durch die vorhandenen Ausländerbeiräte mit ihrer rein beratenden Funktion sind die MigrantInnen, die zu einem hohen Prozentsatz nicht wahlberechtigt sind, nicht ausreichend repräsentiert. Beteiligung ist ein demokratisches Konzept,

und diese Demokratie muss glaubwürdig sein, um Menschen zur Mitgestaltung mobilisieren zu können.

Gesellschaftliche Teilhabe für MigrantInnen sichern – Handlungsempfehlungen für die „Soziale Stadt“ Berlin

Bedarfsorientierte Beteiligung organisieren

Die Angebote zur Beteiligung müssen sich an den Bedürfnissen der MigrantInnen orientieren und nicht umgekehrt. Sie müssen die Lebensumstände der Betroffenen berücksichtigen und deren Interessen und Themen behandeln. Offene Kommunikationsangebote statt formaler Veranstaltungen haben sich bewährt. Bei der Zeit- und Ortswahl für Veranstaltungen müssen die Bedürfnisse von Eltern (Müttern!) berücksichtigt werden. Formale Gremien wie der Quartiersrat sind nur für bildungsnahe oder professionelle MigrantInnen attraktiv. Eine Verbesserung könnte über den Abbau bürokratischer Vorgaben erreicht werden.

- Offene, informelle Kommunikationsmöglichkeiten schaffen
- Räume für Eigeninitiativen bereitstellen
- Veranstaltungen/Kurse zur Unterrichts- bzw. Betreuungszeit der Kinder
- Alternativ: Kinderbetreuung organisieren
- Veranstaltungen an Orten, wo sich die Leute aufhalten (Schulen, Kitas)

=> Elterncafés

- Persönliche Ansprache, auch telefonisch
- Beteiligung über festliche Anlässe
- Aufsuchende Familienberatung => **Stadtteilmütter**
- Projekte mit schneller Umsetzung und sichtbaren Ergebnissen
- Unbürokratische Antrags- und Abrechnungsverfahren bei Förderung
- Themenbezogene Beteiligung (MigrantInnen bestimmen, was sie interessiert)

Migrantenorganisationen einbinden

Die lokalen Migrantenorganisationen sind als Kooperationspartner zu gewinnen. Sie liefern Wissen über die Bedürfnisse ihrer Community und können Kontakte zu MultiplikatorInnen bzw. potentiellen Aktiven herstellen. Insbesondere Moscheevereine sind als Träger sozialer Angebote in die Quartiersentwicklung zu integrieren und ihre Ressourcen zu nutzen. Gleichzeitig müssen die Migrantenorganisationen an den finanziellen Ressourcen der einschlägigen Fördermittel beteiligt werden. Auch eine Stärkung ihrer Arbeit durch gezielte Fortbildungen ist sinnvoll. Nicht zuletzt ist auch die Finanzierung von Hauptamtlichen in Betracht zu ziehen, um eine kontinuierliche und professionelle Arbeit zu gewährleisten.

- Auf- und Ausbau der Kooperation mit Migrantenvereinen, auch oberhalb der Quartiersebene
- Vernetzung zwischen lokalen und überlokalen Migrantenvereinen („die migrantisches Mittelschicht in die Pflicht nehmen“)
- Gezielte Einbeziehung von Moscheevereinen in relevante Gremien auf Quartiers-ebene (Schulkonferenz, Quartiersrat...)
- Organisationen der MigrantInnen müssen auch Zugang zu finanziellen Ressourcen bekommen
- Professionalität verbessern, Fortbildungen organisieren
- Finanzierung Hauptamtlicher

Eigeninitiative sichtbar machen und stärken

Gerade unter jugendlichen MigrantInnen gibt es viele Initiativen, die sie selbst tragen. Die Angebote dieser Initiativen füllen oft eine Lücke der professionellen Träger. Derartige Institutionen sollten in Kooperation mit bestehenden Angeboten verstetigt werden. Auch hier kann die Arbeit auf Dauer nicht allein durch Ehrenamtliche geleistet werden. Das Engagement der MigrantInnen sollte honoriert und auch finanziell unterstützt werden. Die professionellen Träger und die Verwaltung sollten sich auch auf unkonventionelle Strategien und Arbeitsweisen dieser Bottom-up-Initiativen einlassen. Es sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die spezifischen Kenntnisse der MigrantInnen gleichberechtigt mit formalen Ausbildungsberufen zu honorieren. Für das Engagement können auch Zertifikate vergeben werden, die sich an Ausbildungsberufen orientieren sollten.

- Eigeninitiativen von MigrantInnen durch politische und VIP-Aufmerksamkeit honorieren
- Verstetigung durch finanzielle Unterstützung und durch Mentoring (Unterstützung bei Mittelakquise, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising)
- Weiterbildung für Ehrenamtliche (Mediation, Vereinsrecht etc.)
- Zertifikate

Kulturelle Zugeständnisse machen

Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität. Wenn man ernsthaft MigrantInnen aktivieren will, muss man sie in ihrer kulturellen, religiösen und ethnischen Identität anerkennen. Diese Anerkennung muss auch in der Organisation der verschiedenen Institutionen auf Quartiersebene reflektiert werden. Z.B. sollten religiöse Praktiken und Befindlichkeiten berücksichtigt werden. Gerade der Islam ist immer wieder Gegenstand von Abwertung und Misstrauen durch die Mehrheitsgesellschaft. Erst wenn der Islam als kulturelle Ausdrucksform und gleichberechtigte Glaubensform neben dem Christentum akzeptiert ist, gibt es auch eine Basis, von der aus die Mehrheitsgesellschaft Kritik an bestimmten Praktiken üben kann (z.B. Geschlechterverhältnis).

- Religiöse Praktiken respektieren und gleichberechtigt in den Alltag integrieren (Speisevorschriften, Ramadan)
- Männer und Frauen getrennt ansprechen
- Abbau von Vorurteilen gegenüber dem Islam
- Interkulturelles Kompetenztraining für MitarbeiterInnen verschiedener Institutionen

Dieselbe Sprache sprechen

Zweisprachigkeit und Bikulturalität sind keine Makel, die es zu vertuschen gilt, sondern werden in einer globalisierten Welt und einer multikulturellen Gesellschaft zu einer wichtigen Form des kulturellen Kapitals. Die hieraus resultierenden Ressourcen müssen genutzt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist dabei Voraussetzung für das soziale Fortkommen in der Gesellschaft und muss kontinuierlich beworben werden. Allerdings muss dort, wo nur ungenügende Sprachkenntnisse vorhanden sind, der Weg über die Kommunikation in der jeweiligen Muttersprache gegangen werden, um nicht die dauerhafte Ausgrenzung bestimmter Gruppen (Bildungsferne, Frauen) zu riskieren. Hier sind pragmatische Lösungen angebrachter als ideologische Prämissen.

Vielfach findet Kommunikation mit MigrantInnen nicht statt. Selbst wo es um migrantische Themen geht, bleiben deutsche Expertenrunden oft unter sich. Negative Erfahrungen der MigrantInnen mit beherrschendem Personal (besonders in Schule und Kita) tragen nicht zur Offenheit der MigrantInnen bei. Ihre Erfahrungen und Einschätzungen müssen gleichberechtigt gehört werden.

- Mit MigrantInnen reden, nicht über sie
- Auf gleicher Augenhöhe miteinander reden
- Weg von der Defizit-, hin zur Ressourcenperspektive
- Mehrsprachige Einladungen und Informationen
- Muttersprachliche Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen
- Ausbau der zweisprachigen Erziehungs- und Bildungsangebote
- Sprachförderung und –kurse sprechorientiert und alltagsnah gestalten
- Zweisprachige Lehrkräfte bei AnfängerInnen
- Sprachförderung durch MultiplikatorInnen zu Hause
- Informationssendungen z.B. zu häuslicher Gewalt im türkisch-, arabisch- oder russischsprachigen Fernsehen senden

Neue Berufsbilder entwickeln

MigrantInnen sind überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen. Gerade für Frauen bestünde großer Bedarf an Arbeitsplätzen im Wohnquartier. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Nachfrage nach „MigrationsexpertInnen“ – Menschen, die selbst Migrationserfahrung haben, mittlerweile in der Mehrheitsgesellschaft angekommen sind und ihre Erfahrungen sowie kulturellen und sprachlichen Kompetenzen für die Unterstützung der Integration anderer MigrantInnen zur Verfügung stellen könnten. Erfahrungsgemäß genießen migrantische AnsprechpartnerInnen bei MigrantInnen größeres Vertrauen als ihre deutschstämmigen KollegInnen. Sie haben besseren Zugang gerade zu schwer erreichbaren Gruppen. Mit der Schaffung neuer Ausbildungsberufe bzw. der Anerkennung informeller Qualifikationen könnten gleichzeitig Arbeitsplätze geschaffen, Beratungslücken gedeckt und eine verbesserte Kommunikation zwischen MigrantInnen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft geschaffen werden.

- IntegrationslotsInnen, Stadtteilmütter und Sprachmultiplikatoren als Berufsbild verstetigen
- Migrantische MitarbeiterInnen als zusätzliches Personal für die Migrantenbeteiligung bzw. als „IntegrationshelferInnen“ flächendeckend in Schulen, Kitas, Jugendzentren und QM-Büros einstellen
- Ehrenamtlich engagierte MigrantInnen, vor allem Erwerbslose, finanziell und mit Zertifikaten honorieren
- Vertrauen aufbauen: langfristige und kontinuierliche AnsprechpartnerInnen mit Migrationshintergrund stellen

Frauen und Männer stärken

Migrantenfrauen sind häufig von vielfachen Benachteiligungen betroffen. In der öffentlichen Wahrnehmung sind besonders die Opfer von Zwangsverheiratung, Ehrenmorden und häuslicher Gewalt präsent. Aber auch Einkommensarmut und niedriges Bildungsniveau sind weit verbreitete Phänomene. Hier ist in den letzten Jahren eine Vielzahl von Angeboten entstanden, die den Frauen den Weg in ein selbstbestimmtes und weitgehend unabhängiges Leben eröffnen sollen. Die Kehrseite dieser an sich begrüßenswerten Entwicklung ist einerseits, dass die Belange von Migrantenmännern vernachlässigt wurden. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wächst auch ihre gesellschaftliche Ausgrenzung. Für ältere Migranten gibt es kein Lebensmodell neben der Erwerbsarbeit; für männliche Jugendliche gibt es oft nicht einmal mehr das. Gleichzeitig würde ihr Engagement gebraucht, um Kinder und Jugendliche zu fördern. Aber das Selbstbild als engagierter Vater oder Sozialarbeiter im Jugendbereich ist noch nicht sehr weit entwickelt. Hier müssen Ansätze gefunden werden, Männer für das Engagement im sozialen Be-

reich zu gewinnen. Die tradierten Geschlechterrollen werden nur langsam überwunden werden können. Hier ist es notwendig, bereits im Kindergarten mit der Erziehung zu einem gleichberechtigten Verständnis der Geschlechter zu beginnen.

Der zweite Effekt ist, dass Migrantinnen von der Mehrheitsgesellschaft häufig als Opfer gesehen werden. Gerade muslimische Frauen mit Kopftuch müssen immer wieder gegen das Klischee ankämpfen, sie wären unmündig und würden von ihren männlichen Familienmitgliedern unterdrückt. Auch im Berufsleben stellt das Kopftuch oft ein Karrierehindernis dar, gerade im Bildungsbereich, wo emanzipierte Kopftuchträgerinnen für junge muslimische Mädchen als positive Identifikationsfigur und Vertraute dienen könnten. Für die Entfaltung und Entwicklung ihrer Interessen brauchen Mädchen und Frauen nach wie vor eigene Räume.

- Eigene Räume für Mädchen und Frauen schaffen
- Diskriminierung kopftuchtragender Frauen abbauen
- Gezielte Jungenarbeit gegen Gewalt und Sexismus
- Bildungsangebote für Männer ausweiten
- Männer gezielt für Elternarbeit mobilisieren (direkte Ansprache, Vorbildfunktionen)
- Gleichberechtigung der Geschlechter als Bildungs- und Erziehungsthema in Kitas und Grundschulen

Literatur

Abgeordnetenhaus 1999: Bericht über die Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere – Aktionsprogramm „Urbane Integration“, 1. Stufe – und zur Sozialorientierten Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf

Aktion Courage e.V.: Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland. Langfassung der Projektbeschreibung unter http://www.aktioncourage.de/ac/projekte/imd_lang.htm, Zugriff am 11.11.2005

Arslan, Bülent / Jessen, Frank, 2005: Der Islam im Stadtteil – Chance oder Bedrohung? In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Soziale Stadt info 17, September 2005, S. 16-17

Bade, Klaus J. / Oltmer, Jochen (Hrsg.), 1999: Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch

BBMFI – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), 2005: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin

Becher, Britta / Luksch, Andrea, 2001: Frauen auf dem Dulsberg: Formen der Partizipation zur Umsetzung frauenspezifischer Anforderungen. In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. 2., durchgesehene Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 193-216

Beer, Ingeborg / Musch, Reinfried, 2002: .Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Modellgebiet Kottbusser Tor, Berlin – Kreuzberg. Endbericht im Rahmen der PvO. Berlin

Behrendt, Günter Max, 1998: Die Rolle türkischer Vereine in der multikulturellen Gesellschaft. Ein Forschungsbericht aus Hannover. In: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, Heft 3-4, S. 44-47

BIM – Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration (Hrsg.), 2005: Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin. Berlin

Bremer, Peter / Gestring, Norbert, 2004: Migranten – ausgegrenzt? In: Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 258-285

Bourdieu, Pierre 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, S. 183-198

BT-Drucksache 14/4530: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Islam in Deutschland“ vom 8.11.2000

Diehl, Claudia, 2002: Die Partizipation von Migranten in Deutschland: Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske + Budrich

Dietz, Barbara, 1995: Zwischen Anpassung und Autonomie. Russlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2003: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Empirica 2003: Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Berlin

Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.), 2002: Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4. Opladen: Leske + Budrich

Ertan, Ayse, 2005: Untergetaucht und verstoßen. Wie eine deutschtürkische Journalistin die Integration ihrer Landsleute erlebt. In: Die ZEIT vom 10.11.2005, S. 5

Fennema, Meindert / Tillie, Jean, 2001: „Civic community“, politische Partizipation und politisches Vertrauen. Ethnische Minderheiten in den Niederlanden. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 14, Heft 1, S. 42-58

Fijalkowski, Jürgen / Gillmeister, Helmut, 1997: Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins. Hitit: Berlin

Fischer, Reinhard, 2005: Zusammenarbeit mit Moscheevereinen im Quartier Soldiner Straße, Berlin. Beitrag für die Konferenz der Regiestelle E& C am 25. und 26.05.2005 „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und selbstorganisationen in Stadtteilbezogenen Handlungsstrategien“ (unveröffentlicht)

Franke, Thomas, 2002: Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Soziale Stadt info 7, Februar 2002, S. 2-6

Greif, Siegfried / Gediga, Günther / Janikowski, Andreas, 2003: Erwerbslosigkeit und beruflicher Abstieg von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. In: Bade, Klaus / Olmer, Jochen (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, S. 81-106

Häußermann, Hartmut, 2000: Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung das Parlament), B 10-11/2000, 3. März 2000, S. 13-21

Häußermann, Hartmut / Kapphan, Andreas, 2004: Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 203-234

Herzberg, Carsten, 2001: Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Münster / Hamburg: Lit

Hinte, Wolfgang, 2001: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. 2., durchgesehene Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 153-170

Hoppe, Jörg Reiner, 2003: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Berlin / Bonn

Huth, Susanne, (2004): Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen. Impulsreferat auf der Tagung des Zentrums für Kurdische Studien e.V. „Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen“ im Februar 2004 in Wiesbaden. <http://www.inbas-sozialforschung.de/>

IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, 2004: Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Jonker, Gerdien, 1999: Religiosität und Partizipation der zweiten Generation – Frauen in Berliner Moscheen. In: Klein-Hessling, Ruth / Nökel, Sigrid / Werner, Karin (Hrsg.): Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne. Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa. Bielefeld: transcript Verlag, S. 106-123

Jungk, Sabine, 2002: Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland. Vortrag zur Tagung Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen mit Schwerpunkt KurdInnen, veranstaltet von NAVEND e.V. am 18.11.2002 in Düsseldorf. www.lzz-nrw.de/docs/navend.pdf

Kast, Alexandra, 2005: Die Bürgerjury – ein Mittel zum Empowerment in benachteiligten Quartieren?
http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz/lehre/diplarb/Kast_B%FCrgerjuryEmpower.pdf

Krummacher, Michael, 1998: Zur Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung. In: iza – zeitschrift für Migration und soziale arbeit, Heft 3-4, S. 16-21

Meyer, Ulrike / Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, 2002: Frauen im Stadtteil. In: Difu (Deutsches Institut für Urbanistik; Hrsg.): Soziale Stadt info 8. Berlin, S. 20-21

Mies-van Engelshoven, Brigitte, 2001: Partizipation und Chancengleichheit von jugendlichen Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Deutschland. Integrationshilfen der Jugendsozialarbeit. In: iza – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 20-27

Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf E., 1999: Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. 2. Aufl., Frankfurt a. M. / New York: Campus

Nökel, Sigrid, 1999: Islam und Selbstbehauptung – Alltagsweltliche Strategien junger Frauen in Deutschland. In: Klein-Hessling, Ruth / Nökel, Sigrid / Werner, Karin (Hrsg.): Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne. Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa. Bielefeld: transcript Verlag, S. 124-146

Picot, Sibylle, 2000: Jugend und freiwilliges Engagement. In: Rosenblatt, Bernhard von (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1. Gesamtbericht. Stuttgart / Köln / Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 146-156

Putnam, Robert D., 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press

Quartiersagentur Marzahn Nord-West: Arbeitsfeld – Integration der Aussiedler.

Riesling-Schärfe, Heike, 2005: Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in stadtteilbezogene Handlungsstrategien. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Soziale Stadt info 17, September 2005. Berlin, S.20-21

Rosenblatt, Bernhard von (Hrsg.), 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1. Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart / Köln / Berlin

Sauter, Matthias, 2003: Die Bewohner/innen als Ressource der lokalen Wohlfahrtsproduktion: Zur Funktion staatlicher Beteiligungsstrategien im Kontext der Sozialen Stadt. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen et al (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2003. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin, S. 283-299

Schagerl, Susanna, 2001: Lebenssituation und Bewältigungsstrategien junger SpätaussiedlerInnen. In: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, Heft 2, S. 28-31

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, 2000: „ Soziale Stadt“ . Ein Beitrag zur Integration von Ausländern. In: Ausländer in Deutschland, 3/2000, S. 4-5

Selle, Klaus, 1996: Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung. In: Ders. (Hrsg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden / Berlin: Bauverlag GmbH

SenStadtUmTech – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.), 1998: Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin

SenStadt – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), 2004: Der Quartiersfonds. Ein Berliner Modell der Bürgerbeteiligung. Berlin

SenStadt – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2005: Die Soziale Stadt – Strategische Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements.
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/download/sozstadt_neuausrichtung.pdf

Treibel, Annette, 1999: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 2. Aufl. Weinheim / München: Juventa

www.mitte4youth.de

www.quartiersmanagement-berlin.de

www.shell.com

Zentrum für Türkeistudien, 2004: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/engagementstudie-zft/>

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Berlin

Hiroshimastraße 17
10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: 030 - 2 69 35 - 8 35
Fax: 030 - 2 69 35 - 8 59
E-Mail: lbbmail@fes.de

